



AUS UNSERER ARBEIT 2024

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile



WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Nur Bares ist Wahres!? Ein Plädoyer fürs Bargeld



ARBEIT & SOZIALES

Raues gesellschaftliches Klima



UMWELT & DIGITALE WELT

Der Handabdruck macht den Unterschied



STADT- & LANDENTWICKLUNG

Von Menschen und Tieren



JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Junge Wähler*innen im Fokus



PROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN“

Demokratie stärken in herausfordernden Zeiten

Inhalt

VORWORT 3

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski Nur Bares ist Wahres!? Ein Plädoyer fürs Bargeld	4
Pfarrer Dr. Ralf Stroh Alles wird gut – aber anders als gedacht	6

ARBEIT & SOZIALES

Dr. Julia Dinkel Raueres gesellschaftliches Klima	8
Heike Miehe 4 x Labor Day: Das Experiment der Vier-Tage-Woche	10

UMWELT & DIGITALE WELT

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger Der Handabdruck macht den Unterschied.	12
Kathrin Saudhof Der Grüne Hahn wird schlanker, unbürokratischer und relevanter!	14
Cassandra Silk-Erb Mission Klimaschutz. Klimaschutz gelingt gemeinsam besser	16
Lukas Spahlinger Künstliche Intelligenz und das Superwahljahr 2024: Trends und Tendenzen	18

STADT- & LANDENTWICKLUNG

Dr. Maren Heincke Von Menschen und Tieren. Gesellschaftspolitische Diskussionen über die Mensch-Tier-Beziehung	20
Stefan Heinig Mehrwert im Quartier. Sozial verantwortliche Gebäudeentwicklung in Kirche und Diakonie	22
Susanne Talmon „Zusammenkommen ist ein Gewinn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeit ein Erfolg“ – Kirche und Diakonie (nicht nur) im Nachbarschaftsraum	24

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG

Katharina Adams Junge Wähler*innen im Fokus	26
--	----

DEMOKRATIE STÄRKEN

Matthias Blöser Demokratie stärken in herausfordernden Zeiten	28
--	----

AUS DER REGION

Dr. Tobias Krohmer Ohne jegliche Scham und voller Stolz	30
Dr. Uwe Seibert Die „Woche der Arbeit“ in Herborn. Vergangenheit und Gegenwart	32
PfarrerIn Sandra Scholz Fachtag „Faire Kita“	34

STREIFLICHTER 35

PERSONALIEN 43

ADRESSEN 44

IMPRESSUM 46

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

das letzte Jahr hat sich wieder einmal als eine pulsierende Mischung aus Fortschritt, Herausforderung und Überraschung erwiesen. Von technologischem Pioniergeist über politische und globale Krisen bis hin zu neuen kulturellen Trends war alles dabei!

Der französische Roboter Mirokai, der einer Mangafigur ähnelt und auf Sprache und Bewegungen der Anwendenden reagiert, erblickt das Licht der Welt und KI-Systeme, wie ChatGPT4, erobern immer mehr den Alltag – von personalisierten Gesundheitsempfehlungen bis hin zu KI-generierten Filmen. Die Ampel-Koalition zerbricht und Kanzler Olaf Scholz stellt die Vertrauensfrage. Internationale Krisenherde halten weiterhin in Atem und die Klimakrise rückte durch extreme Wetterereignisse erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Und gleichsam als kulturelle ‚Lockerungsübungen‘ nehmen Lip-Sync-Battles und virale Tanzherausforderungen Fahrt auf. Bei all diesen ambivalenten Ereignissen rückt aber erneut eine Frage ins Zentrum, die sich auch schon der französische Philosoph Roland Barthes stellte: „Wie zusammen leben“?



Aus christlicher Perspektive gibt die Jahreslosung des letzten Jahres hier durchaus eine zeitlos gültige Orientierung:

**„Alles was ihr tut,
geschehe in Liebe!“**

(1. Korinther 16, Vers 14)

Am Ende seines 1. Korintherbriefes fasste der Apostel Paulus seine Gedanken noch einmal in diesem kurzen Satz zusammen. Paulus bezieht sich dabei auf einen zentralen Gedanken der jüdischen und christlichen Ethik: Wer Gottes vorbehaltlose Liebe selbst in seinem Leben spürt, so der Grundgedanke, kann seinen Nächsten lieben wie auch sich selbst. Paulus sieht damit einen engen Zusammenhang zwischen der Erfahrung der Befreiung im Glauben an Gott und der Praxis umfassender Nächsten- und Selbstliebe. Auch der Reformator Martin Luther akzentuiert in seiner Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ diesen Gedanken. Nicht eine in den Himmel gehobene Leistungsökonomie mit Belohnungsstruktur steht dabei Pate, sondern der Gedanke einer vorbehaltlosen und geschenkten Anerkennung durch den für Christinnen und Christen in Jesus Christus sichtbar gewordenen Schöpfer und Erhalter aller Wirklichkeit.

Liebe üben aus der Erfahrung geschenkter Anerkennung durch Gott, ich finde ein hilf- und segensreicher Gedanke in ambivalenten Zeiten. Er trägt auch unsere kirchliche Arbeit, die sich im letzten Jahr wieder mit sehr unterschiedlichen Themen

beschäftigt hat. So u. a. mit der geldpolitischen Bedeutung von Bargeld in einer immer digitaler werdenden Gesellschaft (S. 4), der sicher grundlegenden Frage, welche Hoffnung eigentlich den christlichen Glauben in seinem gesellschaftlichen Engagement leitet (S. 6) oder mit der Frage, wie einem rauer werdenden sozialen Klima begegnet werden kann, das durch Populismus immer mehr geprägt ist (S. 8). Aber auch Themen, mit denen wir uns schon länger beschäftigen, haben wir weiterverfolgt. So etwa mit den Möglichkeiten einer gelingenden Gemeinwesenorientierung und der damit in Verbindung stehenden Frage, wie Diakonie und Kirchengemeinden gut zusammenwirken können (S. 24), der Bedeutung von Künstlicher Intelligenz in politischen Entscheidungsprozessen (S. 18) und der Frage, wie Demokratie in herausfordernden Zeiten weiter befördert und gestärkt werden kann (S. 28) und junge Menschen ihre politische Verantwortung wahrnehmen (können) (S. 26). Aber auch die konsequente Weiterarbeit beim Klimaschutz unserer Kirche ist und bleibt uns ein Anliegen (S. 12–17).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Christian Schwindt
Pfarrer und Oberkirchenrat,
Leiter des Zentrums
Gesellschaftliche Verantwortung

Nur Bares ist Wahres!?

Ein Plädoyer fürs Bargeld

Bargeld zu halten hat bekanntermaßen einige Nachteile: Es ist inflations- und diebstahlgefährdet, umständlich, renditelos, beult die Hosentaschen aus und verlieren kann man es zudem. Viele Menschen haben Bargeld daher im Grunde abgeschworen und regeln ihre Zahlungen komplett digital. Höchste Zeit, wider den Stachel zu löcken, denn

Bargeldhaltung berührt demokratische Grundstrukturen und freiheitliche, gesellschaftliche Mechanismen, auf die es gut aufzupassen gilt.



von: Dr. Jennifer Achten-Gozdowski, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ➔ jennifer.achten-gozdowski@ekhn.de



Bildend für den Einzelnen ...

Bargeld vereint viele gute Qualitäten auf sich. Die meisten schätzen am Bargeld in erster Linie, dass es ihnen direkt und nicht abstrakt ihr Budget vor Augen führt und sie damit eine bessere Ausgabenübersicht gewinnen als durch das Bezahlen mit unbaren Mitteln. Bargeld ist also etwas Greifbares, mit dem man sich selbst, aber natürlich auch z.B. Kindern gut den Umgang mit Geld vermitteln kann. Dazu gehört auch, den Wert von Waren und Dienstleistungen sicht- und begreifbar zu machen und über Kaufkraft nachdenken zu können.

Darüber hinaus ist Bargeld etwas sehr Inklusives, das auch Menschen ohne eigenes Bankkonto – Kinder, Jugendliche, aber auch z.B. geflüchtete oder wohnsitzlose Menschen – eine unmittelbare Teilhabe am Wirtschaftsleben ermöglicht. Bargeld erleichtert Tauschgeschäfte und ist das einzige Mittel, das eine sofortige, vollständige und finale Vertragserfüllung (nämlich: Ware gegen Geld) garantiert.

Nicht zu vernachlässigen ist auch die Eigenschaft von Bargeld, als Kommunikationsmittel zu dienen. Wer Geld herausgibt, spricht in gewisser Weise durch sein Geld. Das jüngste Beispiel: Auf den europaweit einheitlichen Euro-Banknoten finden sich Architekturstile aus sieben Epochen

der europäischen Kulturgeschichte, während die Gestaltung der Münzen Platz für landestypische Motive bietet. Die politische Botschaft ist hier zweifellos: Eine starke einheitliche Währung für ein vereintes Europa, das doch die Wurzeln und Unterschiedlichkeiten seiner Mitgliedsländer verinnerlicht hat. Bargeld ist daher auch Geschichte zum Anfassen, es geht von Hand zu Hand und erreicht praktisch jede und jeden. Taler, Taler, Du musst wandern.

... unverzichtbar für die Gesellschaft!

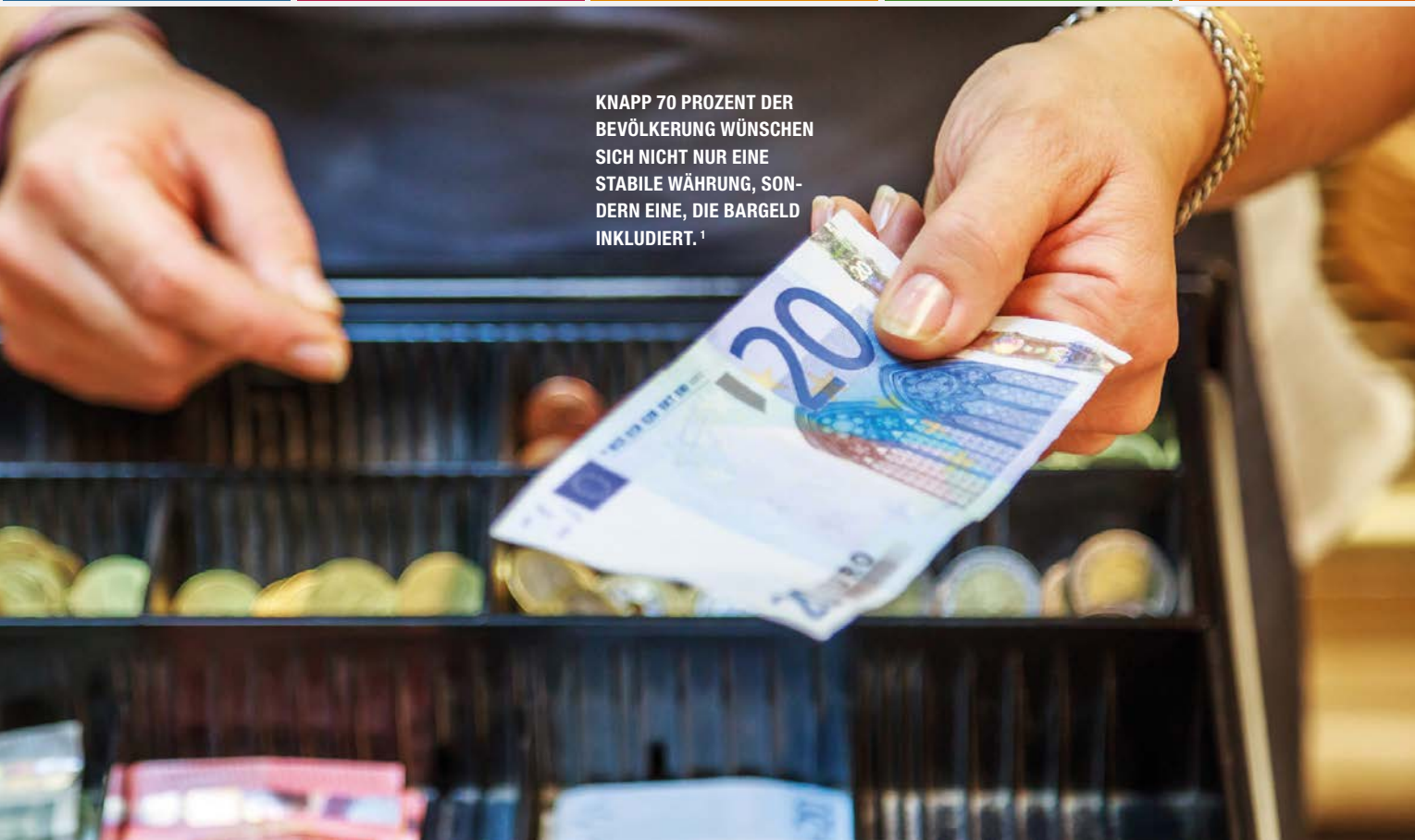
Das alles ist aber nur die Spitze des Eisberges. Der Hase liegt an anderer Stelle im Pfeffer. Bargeld ist

1. ein unverzichtbarer Teil von Resilienz-Strategien in Krisenzeiten,
2. eine eigene Institution innerhalb einer freiheitlichen Grundordnung und
3. Abwehrmechanismus und zugleich Vertrauensbeweis im Verhältnis Staat – Bürger.

Fangen wir vorne an. Bargeld als Teil von Resilienz-Strategien zu bezeichnen, leitet sich aus dem ab, was man zunächst im realen Leben und etwas zeitverzögert dann in den Datensammlungen der Zentralbanken beobachten kann, nämlich dass Menschen in Krisenzeiten vermehrt

Bargeld nachfragen und horten. Das sah man bei Ausbruch der Finanzkrise vor nunmehr 15 Jahren genauso wie beim Ausbruch der Corona-Pandemie oder beim russischen Angriff auf die Ukraine. Die Reaktion ist immer dieselbe: Überdurchschnittlich viele Menschen wandeln Buchgeld in Bargeld um und erhöhen die eigene Bargeldreserve zu Hause als Sicherheitsanker. Das kommt auch nicht von ungefähr. Denn geldpolitisch betrachtet ist Bargeld für Privatpersonen ein einfaches, aber effektives Mittel, um Ersparnis vor Turbulenzen im Finanzsystem, Bankenpleiten und sogar Staatspleiten zu bewahren. Die Deutsche Mark, der US-Dollar, der Euro sind alles Währungen, von denen ein erklecklicher Teil als Bargeld im Ausland gehalten wird von Menschen, die das „fremde“ Bargeld als Parallelwährung in dysfunktionalen Systemen nutzen.

Außerdem funktioniert Bargeld in Krisenfällen unabhängig von technischer Infrastruktur. Das kann in einer zunehmend digitalisierten Welt von immenssem Vorteil sein, wenn man mal über längerfristige Stromausfälle oder Hackerangriffe nachdenkt. Alle diese Punkte machen deutlich, dass Bargeld eine durchaus wichtige Rolle einnimmt bei Überlegungen, wie man Systeme stärken und krisenresilienter machen kann.



KNAPP 70 PROZENT DER BEVÖLKERUNG WÜNSCHEN SICH NICHT NUR EINE STABILE WÄHRUNG, SONDERN EINE, DIE BARGELD INKLUDIERT.¹

Die digitalisierte Welt führt zum zweiten Punkt, nämlich Bargeld als Institution innerhalb einer freiheitlichen Grundordnung. Eine digitalisierte Welt und eine freiheitliche Grundordnung, wie wir sie kennen und schätzen gelernt haben, sind ohne Fragen des Datenschutzes kaum zusammenzubringen. Der wohl wichtigste Punkt beim Datenschutz ist die Datensparsamkeit: Daten, die gar nicht erst entstehen, können nicht gehackt oder anderweitig gegen den Willen des oder der Einzelnen missbraucht werden. Denn machen wir uns nichts vor: Für alle Daten, die entstehen, gibt es Interessenten! Das reicht von Privatpersonen über Unternehmen bis hin zum Staat selbst. Bargeld ist die einzige Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, bei ihrem Zahlungsverkehr anonym zu bleiben und so ihre Privatsphäre zu schützen. Bargeld gewährleistet also echten Datenschutz und steht hier im Zusammenhang mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Es ist Teil einer Infrastruktur der Freiheit, die im Zuge der digitalen Transformation der gesellschaftlichen Alltagswelt gut behütet werden will!

Zu dieser Infrastruktur der Freiheit gehört auch der dritte Punkt. Hierbei geht es um Bargeld als ein Medium, das zugleich Abwehrmechanismus und Vertrauensbeweis ist und damit entscheidend das

Verhältnis von Staat, öffentlichen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern mitbestimmt. Die eben angesprochene Datensparsamkeit von Bargeld ist nicht nur auf Flughöhe der informationellen Selbstbestimmung von Relevanz, nein – sie stellt vielmehr die Art von Datenschutz dar, die im Falle eines möglichen Machtmissbrauchs staatlicher Stellen die Bürgerrechte entscheidend stärken kann. Auch wenn in westlichen Demokratien das Rechtsstaatsprinzip gilt, so verleiht die intime Kenntnis über die private und finanzielle Situation einzelner Bürgerinnen und Bürger den Behörden ein zweifellos ungesundes Maß an Macht. Es wäre nicht das erste Mal, dass die feine Linie zwischen Bürger und Untertan überschritten wird.

Nicht nur gegen Übergriffe des Staates, auch gegen Grenzüberschreitungen von Zentralbanken ist Bargeld gut. Während der Finanzkrise und den nachfolgenden Jahren konnten das alle hautnah erleben. Die EZB verlangte negative Zinsen für die Einlagen von Geschäftsbanken, diese gaben sie weiter an die Endkunden (Strafzinsen). Das bedeutete konkret, dass Sparen bestraft und Konsum künstlich gefördert wurde. Nur die faktische Möglichkeit eines „Bank Runs“, also eines massenhaften Abhebens von Bargeld,

gab und gibt Bürgerinnen und Bürgern eine nicht zu unterschätzende Kraft, gegen eine grenzenlose Geldpolitik zu protestieren.

Für alle diese Dinge muss es aber weiterhin eine gute Bargeldinfrastruktur geben sowie den politischen Willen, Bargeld als eine unter vielen Zahlungsoptionen anzubieten. Dass das von einer Mehrheit in Deutschland gewünscht ist, belegen aktuelle Studien und Umfragen der Bundesbank. Knapp 70 Prozent der Bevölkerung wünschen sich nicht nur eine stabile Währung, sondern eine, die Bargeld inkludiert.¹ Und das wiederum ist ein großer Vertrauensbeweis in staatliche und zentralbankliche Strukturen und Institutionen, die ja schließlich unsere Währung bestimmen, garantieren und nur durch Unterschrift die Werthaltigkeit bestätigen. Die Amerikaner übrigens setzen da noch eins drauf: Auf ihrem Bargeld findet sich stets der Wahlspruch „In God we trust“. Gottvertrauen wird zur Erzeugung und Bestärkung des Währungsvertrauens eingesetzt. Wer so hoch greift, weiß, worauf es ankommt. ■

Quellen

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Perspektiven für das Bargeld, in: Monatsbericht Januar 2024, S. 32.

Alles wird gut – aber anders als gedacht. Welche Hoffnung leitet den christlichen Glauben in seinem gesellschaftlichen Engagement?

Die gegenwärtige Situation in den Gesellschaften regional und global mit dem Ausdruck **Krise** zu beschreiben, erscheint fast schon als Untertreibung. Krieg, Klimawandel, Zerfall demokratischer Kultur und stattdessen Refeudalisierung öffentlicher

Ordnungen, in denen Transparenz und Rechenschaftspflichten von allzu vielen Mächtigen nur noch verlacht werden, lassen kaum noch Raum für Hoffnung.



von: Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Referat Wirtschaft & Finanzpolitik
 ↪ ralf.stroh@ekhn.de

Welche Hoffnung hält der christliche Glaube in solchen Zeitumständen bereit, die nicht unmittelbar nur als weltfremd, wenn nicht gar zynisch abgetan werden muss? Erinnern wir uns: Die christliche Hoffnung – wie wohl jede tragfähige Hoffnung –, entstammt keinem Schönwetterglauben, sondern ist aus Tränen geboren. Tränen, die Menschen unter einem Kreuz vergossen, an dem scheinbar all ihre Hoffnung als Illusion entlarvt worden war.

Der spezifische Gehalt des christlichen Glaubens und der christlichen Hoffnung

Das nach Auffassung vieler Exegeten früheste Zeugnis der urchristlichen Osterbotschaft bringt das Lukasevangelium am Ende der Emmaus-Perikope auf die Formel: „Der Herr ist wahrhaftig auferstanden und dem Simon erschienen“ (Lk 24, 34).

Dem griechischen Original kommt folgende Übersetzung näher: „Der Herr ist auferweckt worden und dem Simon gezeigt worden.“ Was ist der Unterschied?

Im griechischen Original ist nicht Jesus selbst der Akteur der Auferstehung,

sondern er wird auferweckt. Das Subjekt der Auferstehung, der Akteur, der die Auferstehung ins Werk setzt, ist im Prädikat versteckt. In der neutestamentlichen Wissenschaft nennt man dieses Passiv das *passivum divinum*, das göttliche Passiv, weil für Christen der in dieser Passivkonstruktion versteckte Akteur Gott ist. Christus wird auferweckt. Von wem wird er auferweckt? Die aus dem ganzen Zusammenhang einzig mögliche Antwort lautet: von Gott.

Warum ist das *passivum divinum* für den christlichen Glauben und die christliche Hoffnung von entscheidender Bedeutung?

Antwort: Weil sie den Kern der Osterbotschaft betrifft, die davon handelt, dass niemand sonst als Gott derjenige ist, der die Wirklichkeit, die Schöpfung, in seinen Händen hält und trägt.

Die Osterbotschaft reagiert auf die Kreuzigung Jesu, auf das Gefühl der Menschen, die Jesus folgten, von Gott verlassen zu sein.

Es gäbe kein Christentum ohne Ostern. Aber Ostern gibt es nur, weil es Karfreitag, weil es den bitteren Zweifel und all die Gefühle der Ohnmacht und der existenziellen Verlorenheit gibt.

Und dabei gilt: Karfreitag ist für den christlichen Glauben deswegen von besonderer Bedeutung, weil an diesem Tag Jesus von Nazareth nicht einfach nur gestorben ist, sondern hingerichtet wurde.

Die Bedeutung von Jesu Kreuzigung für die christliche Hoffnung

Warum ist die Tatsache der Hinrichtung relevant für den christlichen Glauben?

Das Wesen einer Hinrichtung besteht darin, dass Menschen sich anmaßen, über das Leben eines anderen Menschen absolut und endgültig zu bestimmen.

Mit Blick auf Jesus von Nazarethmaßen sich die politischen und die religiösen Machthaber an, zu entscheiden, was es mit dem Leben dieses Menschen endgültig auf sich hat, wer er ist und wie er zu beurteilen ist. Und diejenigen, die Jesus nachfolgten, erlebten an Karfreitag offensichtlich sowohl die Ohnmacht Jesu, diesem Urteil wirksam entgegenzutreten, als auch ihre eigene.

Karfreitag scheint der Triumph der Macht von Menschen zu sein, darüber zu befinden, was Wahrheit ist. Die Frage, die Pontius Pilatus an Jesus im Johannes-evangelium richtet (Johannes 18, 38), wird so beantwortet, dass Wahrheit eine Machtfrage ist.

Genau diese Anmaßung des Menschen wird durch die Osterbotschaft widerlegt.

Sie wird dadurch widerlegt – und darum ist das *passivum divinum* von ent-



MIT BLICK AUF JESU VON NAZARETH MASSEN SICH DIE POLITISCHEN UND DIE RELIGIÖSEN MACHTHABER AN, ZU ENTSCHEIDEN, WAS ES MIT DEM LEBEN DIESES MENSCHEN ENDGÜLTIG AUF SICH HAT, WER ER IST UND WIE ER ZU BEURTEILEN IST.

scheidender Bedeutung –, dass in der Ostererfahrung Menschen offenbar wird, dass nicht wir Menschen es sind, die darüber befinden, was es mit der Wahrheit über ein menschliches Leben auf sich hat oder mit der Wahrheit über unsere Welt oder der Wirklichkeit überhaupt.

Es ist nicht eine Leistung von uns Menschen, einem Ereignis Sinn zu verschaffen oder einem Leben Bedeutung zu geben. Es sind nicht wir Menschen, die darüber entscheiden, ob das Leben eines anderen oder unser eigenes Leben einen Wert besitzen. Der Wert eines Lebens hängt nicht von uns ab. Wer anders denkt, ist entweder unglaublich anmaßend oder auf dem besten Weg in die absolute Selbstüberforderung.

Christliche Hoffnung gründet nicht in menschlichem, sondern in Gottes Handeln

Der Kerngehalt der Osterbotschaft besteht in der Aussage, dass es Gott ist, der Schöpfer aller Wirklichkeit, der dieser Wirklichkeit und also auch jedem Menschen den je eigenen Wert schenkt.

Weil das so ist, dürfen Christen gewiss sein, dass auch von ihrem Leben und Sterben gilt, was vom Leben und Sterben Jesu in der Ostererfahrung offenbar gemacht wird: Ihr Leben ist im Leben und Sterben nicht in der Verfügungsgewalt anderer Menschen oder ihrer selbst, sondern ausschließlich in Gottes Hand, was auch immer der äußere Schein anderes besagen mag.



Diese Gewissheit des christlichen Glaubens ist kein Schönwetterglaube. Er trägt und tröstet nur deshalb, weil er von Karfreitag herkommt. Der christliche Glaube ist aus Tränen geboren.

Der Trost für diese Tränen gründet zunächst darin, anzuerkennen, was unwie-derbringlich vergangen ist.

Und der Trost für diese Tränen gründet auch darin, anzuerkennen, was uns so zum Weinen bringt und in die Knie zwingt, hat keinen Sinn, den wir ihm geben können, um zu verstehen, was da geschehen ist.

Der Trost besteht darin, dass uns offenbar wird, dass nicht durch unsere Macht, sondern durch Gottes Macht gegenwärtig gehalten wird, was für uns verloren und unzugänglich ist. Und der Trost besteht auch darin, dass nicht wir selbst es sind, die unserem Leben Sinn und Ziel geben, sondern Sinn und Ziel von dem geschenkt werden, der das Leben schenkt.

Da wir die Wirklichkeit nicht geschaffen haben, können wir sie auch nicht gegenwärtig halten. Und weil wir sie nicht geschaffen haben, sind auch ihre Möglichkeiten nicht beschränkt durch das, was wir vermögen oder nicht vermögen.

Das ist die in der Ostererfahrung begründete Hoffnung des christlichen Glaubens. Ostern handelt nicht vom Jenseits oder einer weit entfernten Zeit. Ostern handelt davon, was zu unserem Leben gehört, auch noch dann, wenn wir es loslassen mussten.

Hoffnung als Freiheitserfahrung

Die Ostererfahrung ist für den christlichen Glauben deswegen auch eine Freiheitserfahrung, weil sie die Erfahrung davon ist, dass unsere eigenen begrenzten Lebensmöglichkeiten eingebettet sind in einen Raum, der unsere Möglichkeiten übersteigt und umfasst.

Gerade dadurch, dass wir dies anerkennen können, werden wir frei, die Möglichkeiten zu nutzen, die uns tatsächlich gegeben sind – und uns nicht verzweifelt nach Möglichkeiten auszustrecken, die uns nicht geschenkt sind.

Um Missverständnisse auszuräumen: Dass die Grundlage unserer eigenen Existenz und der Existenz unserer Mitmenschen menschlicher Verfügungs-

macht entzogen ist, ist nicht die Legitimation von Passivität im Lebensvollzug, sondern qualifiziert unsere Aktivität in besonderer Weise.

Wir verfügen nicht darüber, sondern sind verantwortlich für etwas, das uns übereignet und anvertraut worden ist. Damit liegt der Maßstab der Verantwortung nicht in unserem eigenen Ermessen, unserer eigenen Kompetenz, sondern der Maßstab der Verantwortung ist dasjenige, das uns überantwortet worden ist, und derjenige, der es uns überantwortet.

Wir verfügen nicht über unsere Kinder oder die Menschen, die mit uns durchs Leben gehen, sondern sie sind uns anvertraut, und es liegt nicht an uns, festzulegen, was ihnen guttut oder schadet, sondern wir sind verantwortlich dafür, das im Zusammensein mit ihnen herauszufinden. Wir verfügen nicht über diese Erde, sondern sie ist uns anvertraut. Es liegt nicht an uns, festzulegen, was ihr guttut oder schadet, sondern wir sind verantwortlich dafür, das im Leben in dieser Welt und auf dieser Erde herauszufinden.

Hoffnung gibt es nicht am Schmerz vorbei

Was jedoch nicht zu dieser christlichen Hoffnung gehört, ist die Erwartung, dass es in diesem Leben ohne die Erfahrung von Kummer, Schmerz und völlig unverständlichem Leid abgehen wird.

Wir werden auch weiterhin an den Gräbern von Menschen stehen, die wir lieben.

Wir werden auch weiterhin ohnmächtig am Krankenbett eines Menschen sitzen, dem wir in seinen Schmerzen nicht helfen können.

Wir werden weiterhin Hunger und Krieg, Terror und Hass in dieser Welt erleben, ohne es abstellen zu können, so sehr wir uns auch mühen.

Aber: Die christliche Hoffnung besteht in der Überzeugung, dass diese Erfahrungen gleichwohl nicht die Wahrheit über unser Leben zum Ausdruck bringen. Was auch immer geschehen mag, die Treue Gottes ist mächtiger als die Mächte dieser Welt.

Diese Hoffnung leitet den christlichen Glauben in seinem gesellschaftlichen Engagement auch angesichts all der Erfahrungen, die uns an dieser Welt gegenwärtig verzweifeln lassen. ■

Raues gesellschaftliches Klima

Die gesellschaftspolitischen Debatten um Einsparungen im sozialen Bereich werden zunehmend unsachlich und populistisch geführt. Insbesondere Menschen, die erwerbslos oder von Erwerbslosigkeit bedroht sind, bekommen dies noch stärker als in vorausgegangenen Jahren zu spüren und werden bewusst stigmatisiert. Was kann diesem rauen Klima für Erwerbslose entgegengesetzt werden?



von: Dr. Julia Dinkel, Referat Arbeit & Soziales
 ➔ julia.dinkel@ekhn.de



Stigmatisierung und neue Schärfe beim Thema Erwerbslosigkeit

Das Klima war in Deutschland noch nie angenehm für Erwerbslose. Despektierliche Begriffe wie „Soziale Hängematte“, „Kollektiver Freizeitpark“, „Drückeberger“ oder „Sozialschmarotzer“ stehen bei Debatten um Erwerbslosigkeit schon seit Jahrzehnten im Raum und haben eine lange Tradition. Ausgeschmückt und angeheizt wird die Debatte um Erwerbslosigkeit zusätzlich regelmäßig von einigen Medien, indem klischeehaft über das vermeintlich angenehme und sorglose Leben von Personen wie „Florida-Rolf“ und anderen „faulen“ Erwerbslosen berichtet wurde und wird. Die Sprache, die von nicht wenigen politischen Entscheidungsträger*innen und Medien beim Thema Erwerbslosigkeit verwendet wird, ist vielfach von Polemik und Klassismus durchzogen und lässt Respekt gegenüber Mitmenschen vermissen. Erwerbslose werden hierbei in der Regel als eine Gruppe identifiziert und kollektiv mit negativen Eigenschaften versehen, also stigmatisiert. Als von der gesellschaftlichen Norm des Arbeitens abweichende Gruppe bekommen Erwerbslose relativ unverhohlen vermittelt, dass sie eine Belastung und/oder Gefährdung für die Gesellschaft, selbst schuld an ihrer Situation, faul, antriebslos und moralisch fragwürdig

seien. Wie weit verbreitet diese Abwertung von Erwerbslosen in Deutschland ist, belegt auch die bekannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. So teilt etwa mehr als ein Drittel (35 Prozent) der Bevölkerung die Auffassung, Langzeiterwerbslose würden sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.¹ Gerade in der anhaltenden Diskussion um das Bürgergeld ist zu beobachten, dass eine neue Schärfe und Unsachlichkeit in den öffentlichen Diskurs Einzug gehalten hat. Das Klima wird immer rauer.

Interesse an Fakten? Fehlanzeige

Gerade bei den gegenwärtigen Diskussionen um das Bürgergeld zeigt sich, dass verschiedene Debatten durcheinanderlaufen und sich falsche Behauptungen hartnäckig halten. Außer Acht gelassen wird dabei zum einen oft, dass die Lebensumstände von Personen im Bürgergeldbezug vielfältig sind. Laut Daten der Bundesagentur für Arbeit sind weniger als die Hälfte der erwerbsfähigen Bezieh*innen von Bürgergeld überhaupt erwerbslos. Die Mehrheit geht z. B. zur Schule, pflegt Angehörige, erzieht Kinder oder befindet sich in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder steht aus anderen, triftigen Gründen dem Arbeits-

markt nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Verfügung.

Auch gab es keine massenhaften Kündigungen, um es sich finanziert durch das 2023 eingeführte Bürgergeld zuhause gemütlich zu machen und nicht mehr zu arbeiten, wie von Gegnern des Bürgergeldes bei dessen Einführung als Menektek an die Wand gemalt worden war.

Das weit verbreitete Vorurteil, dass Erwerbslose und insbesondere Langzeiterwerbslose gar nicht arbeiten wollen, lässt sich ebenfalls widerlegen. Ein Blick in die Faktenlage: Langzeiterwerbslose bemühen sich intensiver als andere Arbeitslose um den Ausstieg aus der Arbeits-





DESPEKTIERLICHE BEGRIFFE WIE „SOZIALE HÄNGEMATTE“, „KOLLEKTIVER FREIZEITPARK“, „DRÜCKEBERGER“ ODER „SOZIALSCHMAROTZER“ STEHEN BEI DEBATTEN UM ERWERBSLOSIGKEIT SCHON SEIT JAHRZEHNEN IM RAUM UND HABEN EINE LANGE TRADITION.

nmann77 – stock.adobe.com

losigkeit, allerdings häufiger ohne Erfolg. Dies liegt zu einem Teil an gesundheitlichen Einschränkungen oder fehlenden Qualifikationen, von denen Langzeiterwerbslose in der Regel häufiger betroffen sind. Zu einem anderen Teil liegt es aber auch daran, dass Unternehmen sich im Zweifelsfall eher für Bewerber*innen entscheiden, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder erst seit Kurzem erwerbslos sind.² Dies mag sich aufgrund der aktuellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt etwas geändert haben, dennoch sehen sich Erwerbslose, nicht zuletzt aufgrund der verbreiteten Stigmatisierung, jenseits individueller Vermittlungshemmnisse noch mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert.

Dies sind nur drei von vielen Falschbehauptungen, die immer wieder jenseits von Fakten als Argumente gegen das Bürgergeld und für ein härteres Vorgehen gegenüber Erwerbslosen ins Feld geführt werden und das Klima gegenüber Erwerbslosen negativ beeinflussen.

Das Klima positiv beeinflussen

Aufgrund der erlebten Stigmatisierung ziehen sich viele von Erwerbslosigkeit betroffene Menschen aus der Öffentlichkeit, aber auch teilweise von Familie und Freunden zurück. Gespräche mit ihnen

finden zu selten statt, dafür wird zu oft über sie geredet. Wer aber ein Gespräch mit erwerbslosen Menschen führt, merkt schnell, wie vielschichtig, vielfältig und individuell die Problemlagen von Erwerbslosen sind und wie ungerecht der öffentliche Diskurs häufig geführt wird. Aber auch, wie sehr Erwerbslose unter der gesellschaftlichen Stigmatisierung leiden.

Gemeinden und kirchlich-diakonische Einrichtungen bieten Erwerbslosen einen sicheren Raum, in dem sie ernst genommen werden. Die kirchlichen Angebote an Erwerbslose sind vielfältig: Das Spektrum reicht von Unterstützung Erwerbsloser in schwierigen Lebenssituationen (Hilfe im Nordend, Luthergemeinde Frankfurt), über das Anbieten von gemeinsamen Mahlzeiten (z. B. „Supp' un' Schwätze“ in Gießen Nord), bis hin zu klassischen Gesprächs- und Seelsorgeangebote in vielen Gemeinden. Dies alles trägt dazu bei, dass Menschen Teilhabe erfahren und sich von anderen Menschen gesehen fühlen. Die EKHN als Gesamtkirche unterstützt und fördert Angebote für Erwerbslose und von Erwerbslosigkeit betroffene Menschen auf unterschiedliche Art und Weise. Dabei soll nicht darüber hinweggegangen werden, dass es auch in Kirche und Gemeinden, wie in der Gesamtbevölkerung, Vorurteile gegenüber Erwerbslosen gibt. Zu oft nimmt Kirche selbst leider auch eine paternalistische

und eine von Klassismus geprägte Haltung ein.³ Dies sollte selbstkritisch hinterfragt werden und sich ändern.

Insgesamt zeigt sich, dass das gesellschaftliche Klima gegenüber Erwerbslosen rau geworden ist und von falschen Behauptungen, Abwertungen und zunehmender Stigmatisierung gekennzeichnet ist. Im öffentlichen Diskurs scheint es einfacher zu sein, nach unten zu treten, als ausgewogen und fair über Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen in unserer Gesellschaft zu sprechen. Über Erwerbslosigkeit zu sprechen heißt u. a., sich mit Fragen von Krankheit und Alter, aber auch von Schulsystemen oder Steuern auf Vermögen auseinanderzusetzen. Auch ein Befolgen der einfachen goldenen Regel, dass man andere Menschen so behandelt, wie man gerne selbst behandelt werden möchte, würde zu einem respektvolleren Miteinander führen und das gesellschaftliche Klima in unserem Land würde für Erwerbslose zumindest wieder erträglich. ■

Quellen

- 1 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung
- 2 IAB-Kurzbericht 12/2018
- 3 Siehe zu diesem Thema Mayert, Andreas (2023): Abwertende Blicke, in: Zeitzeichen 5/2023



ARBEIT & SOZIALES

4 x Labor Day: Das Experiment der Vier-Tage- Woche und die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung

Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung und gerechte Arbeitsverteilung wird schon lange geführt, ist aber weiterhin aktuell.



Der Fachkräftemangel und die sozial-ökologische Transformation haben dem Thema neuen Schwung verliehen und führen zu kontroversen Debatten.

von: Heike Miehe, Referat Arbeit & Soziales
➔ heike.miehe@ekhn.de

Im März 2024 startete in Deutschland ein Modellprojekt zur Vier-Tage-Woche, initiiert von der Beratungsgesellschaft Intraprenör in Berlin und der Organisation 4 Days Global. Letztere hat bereits in anderen Ländern, wie z. B. Großbritannien, solche Modellprojekte angestoßen. Wissenschaftlich begleitet wurde dieses Vorhaben von der Universität Münster. Von März bis September nahmen 45 Unternehmen aus dem Dienstleistungsbereich, der Fertigung und dem Bauwesen, dem Gesundheitswesen, dem IT-Sektor, der Lebensmittelbranche und dem Einzelhandel teil¹. Ziel war es, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen, ohne die Produktivität zu verringern, und gleichzeitig das Wohlbefinden und die Motivation der Beschäftigten

zu steigern. Obwohl die Auswertung nicht repräsentativ ist, liefert sie wichtige Beiträge zur weiteren Diskussion.

Das Modell der Vier-Tage-Woche in Deutschland

Im Modellprojekt reduzierten viele Unternehmen die Wochenarbeitszeit um knapp vier Stunden, ein Drittel setzte auf eine Vier-Tage-Woche mit einer um 20 Prozent reduzierten Wochenarbeitszeit ohne proportionale Lohnkürzung.

Ergebnis war, dass trotz Arbeitszeitverkürzung die Umsätze und Gewinne im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr stabil blieben². 39 Prozent der Unternehmen wollten die Vier-Tage-Woche dauerhaft beibehalten, 34 Prozent verlängerten sie.

20 Prozent kehrten zur Fünf-Tage-Woche zurück, da der Stresslevel an den vier Tagen zu hoch war.

Arbeitsabläufe müssen so umgestaltet werden, dass Arbeitszeitverkürzung nicht zur Arbeitsverdichtung führt.

Einige Unternehmen setzten das um, indem sie u. a. digitale Kollaborationstools einsetzten und in gemeinsamen Gesprächen herausarbeiteten, welche Meetings überhaupt nötig sind und wie z. B. Arbeitsunterbrechungen vermieden werden könnten.

Insgesamt aber, und da deckt sich diese Studie mit vergleichbaren Untersuchungen zur Vier-Tage-Woche in Großbritannien, Irland, Spanien, erhöht die Arbeitszeitreduzierung die Zufriedenheit, die Gesundheit der Mitarbeitenden und auch die Arbeitgeberattraktivität.³

Fachkräftemangel und Arbeitszeitverkürzung

Der Fachkräftemangel stellt viele Branchen und Organisationen vor neue Herausforderungen. Könnte eine Arbeitszeitverkürzung hier die Lösung bieten? Unternehmen in stark wettbewerbsorientierten Sektoren befürchten, dass eine reduzierte Arbeitszeit zu höheren Kosten führt. Auf der anderen Seite wünschen sich immer mehr junge Beschäftigte in Deutschland durch eine Verkürzung der Arbeitszeit mehr Lebensqualität. Eine ausgewogene Work-Life-Balance spielt für sie eine Rolle bei der Wahl des Arbeitgebers. In einer deutschen Studie nannten Arbeitgeber als wichtigste Gründe für die Erprobung der Vier-Tage-Woche die Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber (89 Prozent) und die Verbesserung der Gesundheit der Mitarbeitenden (77 Prozent).⁴ In der Abschlussumfrage berichteten Führungskräfte, dass sich bei 50 Prozent die Gewinnung von Fachkräften verbessert habe und weitere 20 Prozent sogar eine erhebliche Verbesserung feststellten.⁵ Unternehmen, die schon länger mit der Vier-Tage-Woche arbeiten, bestätigen, dass sie dadurch mehr Mitarbeitende gewinnen und halten konnten, wie der Autor Martin Gaedt in seiner Untersuchung aufzeigt.⁶

Dies gilt branchenübergreifend sowohl für das Handwerk als auch für die Pflege und den Kitabereich. Der Beruf



v.l.n.r.: Salwa Houmsi (Moderatorin), Prof. Dr. Enzo Weber (IAB), Sophie Jänicke (IG Metall), Teresa Bücker (Autorin), Dr. Yvonne Lott (Hans-Böckler-Stiftung)

wird wieder attraktiver und Neueinstellungen gelingen, wie auch die Bremer Untersuchung „Ich pflege wieder, wenn ...“ zeigt. Sie verdeutlicht, dass durch Arbeitszeitverkürzung, bessere Schichtpläne und höhere Wertschätzung neues Personal gewonnen werden kann.⁷

Transformation und Arbeitszeitverkürzung

Im Rahmen der sozial-ökologischen Transformation werden zukünftig verschiedene Bereiche der Wirtschaft ausgebaut, andere aber um- und rückgebaut werden. Um diesen Wandel für die Beschäftigten sozial zu gestalten, kann die Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung und dem Erhalt von Erwerbseinkommen beitragen.⁸ Zu diesem Schluss kommen viele Autorinnen und Autoren, die sich mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung auseinandersetzen.⁹ Kürzere Erwerbszeiten reduzieren zudem den Ressourcenverbrauch an Produktionsmitteln, Energie und im Bereich Mobilität. Das Political Economy Research Institute der Universität Massachusetts berechnete 2012, dass sich der CO₂-Fußabdruck um 14,6 Prozent in den entwickelten Ländern reduzieren ließe, wenn die Erwerbsarbeitszeit um 10 Prozent verringert würde, und

um 36 Prozent bei einer Reduzierung um 25 Prozent. Britische Umweltwissenschaftler wie Laurie Mompelat schätzten, dass eine Umstellung auf die Vier-Tage-Woche bei Stundenreduktion und vollem Lohnausgleich im Vereinigten Königreich den CO₂-Fußabdruck um 127 Millionen Tonnen pro Jahr verringern könnte, was dem Effekt entspräche, alle privaten PKWs von der Straße zu nehmen.¹⁰

Fairteilung von Arbeit

Menschen brauchen Zeit für Familie, Freunde, politisches und kulturelles Engagement. Carearbeit ist in unserer Gesellschaft leider immer noch ungleich verteilt. So ist nach wie vor die häufigste Erwerbskonstellation bei Eltern in Deutschland, dass Väter in 70 Prozent der Fälle in Vollzeit und Mütter in Teilzeit arbeiten. In Deutschland arbeiten 47 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit. Sie zahlen für diese Entscheidung im Alter einen hohen Preis. Denn sie sind überproportional von Altersarmut betroffen.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich könnte zu einer geschlechtergerechten Verteilung von Care- und Erwerbsarbeit beitragen, indem Frauen ihre Erwerbsarbeit erhöhen

und Männer diese reduzieren. Denn gerade für Beschäftigte im unteren und mittleren Lohnbereich ist es unerlässlich, diese Maßnahmen mit vollem Lohnausgleich zu verbinden, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. ■

Quellen

- 1 Siehe: Deutschland testet die 4-Tage-Woche, S.16 [https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20(1).pdf)
- 2 Die Analyse ergab, dass es im Vergleichszeitraum zu 2023 keinen negativen Einfluss auf Umsatz und Gewinn hatte, zumindest bei den Unternehmen, bei denen die Zahlen erhoben werden konnten. Siehe: Deutschland testet die 4-Tage-Woche, a.a.O., S.25
- 3 Verwiesen sei hier auf andere Modellprojekte zur Vier-Tage-Woche aus Großbritannien, Irland, Spanien u. a. Siehe: Deutschland testet die 4-Tage-Woche, S.14 f. [https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20(1).pdf)
- 4 Deutschland testet die 4-Tage-Woche, S.4 [https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/591c54e3b5657213679e7bb1/673b96351e89be74065a9ca4_4DW_Report_German_Final%20(1).pdf)
- 5 Ebd. S.34
- 6 Martin Gaedt, 4-Tage-Woche 151 Praxisbeispiele in Deutschland, Österreich und der Schweiz, 2023
- 7 Die Studie "Ich pflege wieder wenn ..." der Arbeitnehmerkammer Bremen u. a. sowie Berechnungen des DIW zeigen, dass Frauen bei der Einführung von kurzer Vollzeit um die 30 Wochenstunden und der Garantie von deren Verlässlichkeit in großem Umfang (umgerechnet 1,5 bis 2 Millionen Vollzeitstellen) wieder eine Erwerbsarbeit aufnehmen oder ihre meist sehr kurze Teilzeit aufstocken würden.
- 8 Siehe ebenda, S.3.
- 9 Siehe u.a. konzeptwerk neue ökonomie, Leipzig, Bausteine für Klimagerechtigkeit ; M. Steiner/B. Zimpelmann, Weniger Arbeiten, mehr leben; Teresa Bücker, Alle_Zeit; oder So gelingt Klimagerechtigkeit: 8 Bausteine für die sozial-ökologische Transformation
- 10 Quelle: Studienzusammenschau "Stop the Clock. The Environmental Benefits of a Shorter Working Week" (Mai 2021); https://6a1421f6-85bd-4a7b-bb3b-476b07b8f08d.usfiles.com/ugd/6a1421f6_5061c06b240e4776bf31dfac2543746b.pdf

Der Handabdruck macht den Unterschied

Frustriert von den Versuchen, deinen ökologischen Fußabdruck zu verringern und nicht nachhaltigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu trotzen? Du möchtest mehr tun, als Deinen eigenen Alltag nachhaltiger zu gestalten? Dann bist Du bei diesem Beitrag genau richtig!



von: Pfarrer Dr. Hubert Meisinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ hubert.meisinger@ekhn.de

Jahrelang hat der ökologische Fußabdruck die Diskussionen um ein nachhaltiges und klimagerechtes Leben begleitet. Und immer war dieser für uns Menschen in Deutschland mit einer Enttäuschung verbunden: Alleine dadurch, dass wir im gegenwärtigen Deutschland mit seinen gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen leben, kann es keinem und keiner von uns gelingen, unter die höchstens zwei Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr zu gelangen, die für ein Einhalten des 1,5-Grad-Limits an Erderwärmung des Pariser Klimaabkommens aus 2015 notwendig wären. Selbst unser bester Freund, der Hund, oder unsere beste Freundin, die Katze, führen zu einer Erhöhung unseres CO₂-Ausstoßes. Von unserer Mobilität und unserem Konsum ganz zu schweigen. Und wer noch dazu in einer für zwei Personen zu großen Wohnung oder einem zu großen Haus wohnt, kommt ganz weit weg von den politisch vereinbarten Zielen. Frust.

Ohne jetzt zu sagen, dass die Rettung aus diesem Frust naht – das wäre zu hoch gegriffen, hat es doch schon fast religiöse Konnotationen, die sich mit den Botschaften der zurückliegenden Advents- und Weihnachtszeit nicht in Übereinstimmung bringen lassen –, gewinnt in jüngster Zeit ein neuer Ansatz an Popularität, der den Blick von negativen Auswirkungen weg auf die positiven Handlungsmöglichkeiten wendet. Ein Blick, mit dem jede und jeder von uns den *Handabdruck* seines bzw. ihres gesellschaft-

lichen und politischen Engagements vergrößern kann. Die Umweltorganisation Germanwatch beschreibt das so:

„Zunehmendes Wissen über Klima- und Biodiversitätskrise oder globale Ungleichheiten führt häufig nicht zu nachhaltigerem Verhalten. Ein Grund dafür ist die Annahme, alleine und durch individuelle Verhaltensänderungen ohnehin kaum etwas ausrichten zu können. Ein anderer Grund ist, dass sozial und ökologisch verantwortliches Verhalten in unserer Gesellschaft fast immer die aufwändigere, teurere oder weniger naheliegende Option ist. Strukturelle Rahmenbedingungen erschweren es, sich nachhaltig zu verhalten. – Mit dem Handabdruck ermutigt und befähigt das BNE-Team (Bildung für Nachhaltige Entwicklung) von Germanwatch deswegen Menschen dazu, relevante gesellschaftliche und politische Veränderungen aktiv mitzugestalten und Nachhaltigkeit in der Schule, am Arbeitsplatz, im

Verein, in der Stadt, Kommune oder auf landes- und bundespolitischer Ebene strukturell zu verankern.“

Es geht also nicht mehr darum, sich und seine Möglichkeiten individuell klein oder schlecht zu reden, sondern im Gegenteil sich und seine Möglichkeiten mit denen anderer Menschen zusammenzutun, um gemeinsam mehr zu erreichen. Denn Dein Engagement entfaltet große Wirkung, wenn Du nachhaltiges Verhalten für noch mehr Menschen einfacher, preiswerter oder zum Standard machst. In den täglichen Routinen des Alltags. Beim Einkauf, beim Radfahren, beim Singen im Chor, am Arbeitsplatz oder im Wohnviertel. Du kannst die Rahmenbedingungen in diesen Deinen Umgebungen verändern und Dich im Maximalfall sogar auf der politischen Landes-, Bundes- oder EU-Ebene engagieren. Nichts muss, aber alles darf sein. Das erinnert vielleicht an das bekannte Gesangbuchlied „Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Ge-



sicht der Welt verändern“ (EG 643), das auf einem afrikanischen Sprichwort basiert. Mit einer entscheidenden Ergänzung, die im Lied schon immer mitgedacht war: Viele kleine Leute an vielen kleinen Orten, die GEMEINSAM viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern“. Denn: Wir „können nur zusammen das Leben bestehen“ (EG 643).

In Bezug auf Nachhaltigkeit bedeutet dies, dass jede und jeder Einzelne im gemeinsamen Engagement mit anderen einen Beitrag leisten kann, um die Welt nachhaltiger zu gestalten, indem sie oder er mit anderen sie oder ers Müll vermeidet, Ressourcen spart oder sich für Umweltschutz einsetzt. Durch viele kleine Handlungen können wir zusammenarbeiten, um einen positiven Einfluss auf die Umwelt zu haben und eine nachhaltigere Zukunft für alle zu gestalten. Oder wir können andere ermutigen, die Schritte, die sie schon in dieser Richtung gegangen sind, weiter fortzuführen. Das lenkt den Blick weg von uns selbst auf das, was andere an Möglichkeiten besitzen

und wie wir deren Engagement stärken können. Der Handabdruck führt aus der Gefangenheit im eigenen Ich heraus in ein lebenswertes Miteinander aller in einer Gesellschaft, in ein zukunftsfähiges Ergreifen der jeweiligen Potenziale, in eine wohlthuende Gemeinschaft der Engagierten. Damit steht der ökologische Handabdruck für die Aktivitäten einer Person, die nicht nur die eigenen Umweltauswirkungen, sondern auch die anderer Personen verringern. Nur gemeinsam sind wir stark, können das Positive vervielfachen und uns nicht vom Negativen frustrieren lassen.

Den ökologischen Handabdruck hat die Bildungseinrichtung Centre for Environment Education CEE aus Indien als Erweiterung zum ökologischen Fußabdruck entwickelt. Damit sollen die Sustainable Development Goals (SDGs), also die Nachhaltigkeitsziele der UN, rascher umgesetzt werden. Ob klimafreundliche Ernährung oder ökologische Mode, biologisches Gärtnern oder Reparatur statt Neukauf, ökologisches Bauen und Wohnen oder Bio-Kosmetik – es gibt viele Möglichkeiten, eine umweltschonende Lebensweise zu genießen. Wer anderen auch noch aktiv davon erzählt, sei es im persönlichen Gespräch oder über Social-Media-Kanäle, und diese in ihrem Engagement ermutigt, multipliziert den Effekt noch um ein Vielfaches.

Mit 10 Ideen für den ökologischen Handabdruck will ich abschließen:

Ökologisch genießen

- Freund*innen zum vegetarischen oder veganen Essen einladen oder gemeinsam kochen
- sich für pflanzenbetonte Bio-Gerichte in der Kantine stark machen
- eine Foodcoop für regionalen Einkauf in der Nachbarschaft initiieren
- für gemeinsames Essen die Speisen im Mehrweggeschirr liefern lassen

Weniger verbrauchen

- eine Kleidertauschparty organisieren
- ein Reparatur-Café oder eine andere Do-it-yourself-Initiative gründen
- Freund*innen und Kolleg*innen über das Reparaturnetzwerk und den Reparaturbonus informieren

Schöner leben

- in der Firma oder im Wohnhaus die Umstellung auf ökologische Reinigung anregen
- in der Hausgemeinschaft eine Fassadenbegrünung initiieren
- im Gemeinschaftsgarten Pflanzen setzen, die dem Klimawandel standhalten.

Na, etwas mehr Lust bekommen auf die Zukunft? Aus christlichem Verständnis verbinden wir die Zukunft mit der Hoffnung auf ein Reich Gottes, in dem Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung Wirklichkeit sind. Um es in einer kleinen Abwandlung eines bekannten Bonmots von Bonhoeffer zu sagen: „Mag sein, dass morgen das Reich Gottes (Bonhoeffer spricht hier vom „Jüngsten Gericht“) anbricht. Dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen – vorher aber nicht.“ Der Handabdruck ermutigt genau dazu. Und „Gottes Segen wird uns begleiten, wenn wir unsere Wege gehen“ (nach EG 643). ■

Quellen

<https://www.germanwatch.org/de/handprint>

<https://nachhaltig4future.de/viele-kleine-leute-die-an-vielen-kleinen-orten-viele-kleine-dinge-tun-koennen-das-gesicht-der-welt-veraendern-afrikanisches-spruchwort/>

<https://www.umweltberatung.at/oekologischer-handabdruck>

<https://www.youtube.com/watch?v=59Bg7CmW5RE>



Der Grüne Hahn wird schlanker, unbürokratischer und relevanter!

Das bundesweite Netzwerk für kirchliches Umweltmanagement (KirUm) hat auf seiner Herbsttagung im Oktober 2024 das aktualisierte Konzept für den Grünen Hahn präsentiert. Es wurde entschlackt, entbürokratisiert und dabei darauf geachtet, dass die wichtigen Themen Klimaschutz, Biodiversität und Bildung mehr Gewicht bekommen. Parallel zu der Erarbeitungsphase wurden bereits elf angehende Umweltauditor*innen aus der EKHN nach dem neuen Konzept ausgebildet.



von: Kathrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ➔ kathrin.saudhof@ekhn.de



Ein Rückblick

In der EKHN haben in den letzten Jahren 59 Kirchengemeinden und Einrichtungen den Beschluss gefasst, ein zertifiziertes Umweltmanagement aufzubauen. Das Zertifikat „Grüner Hahn“ haben bisher jedoch nur 18 Umweltteams aus elf Kirchengemeinden und sieben kirchlichen Einrichtungen erhalten. Fünf weitere haben sich zudem für die externe Prüfung Ende 2024/Anfang 2025 angemeldet. Wenn man zudem die sechs Gemeinden abzieht, die erst in den letzten beiden Jahren gestartet sind, zeigt sich, dass nur knapp die Hälfte die Zertifizierung in einem angemessenen Zeitraum erreicht hat. Die Situation ist nicht befriedigend – auch wenn in vielen dieser Gemeinden sehr wohl einzelne Umweltschutzmaßnahmen umgesetzt wurden und werden. Aber es kann keine systematische Erfolgskontrolle stattfinden, die Umweltauswirkungen können nicht sichtbar werden und eine kontinuierliche Verbesserung ist schwierig.

Die Ursachenanalyse

Die Gründe für eine Nicht-Zertifizierung sind vielfältig. Teilweise liegen sie in den äußeren Bedingungen, da der Transformationsprozess ekhn2030 nicht nur viel Energie und personelle Ressourcen erfordert, sondern auch Unsicherheiten birgt. Welche Gebäude können weiter genutzt werden? Wie wird sich die Zusammenarbeit im Nachbarschaftsraum gestalten? Werden Umweltthemen noch den gleichen Stellenwert genießen wie bisher? Zudem ist die Bereitschaft der Ehrenamtlichen zurückgegangen, sich über einen längeren Zeitraum für eine Sache zu binden; und die Personaldecke in den kirchlichen Einrichtungen wird ebenfalls dünner, sodass die Aufgaben auf weniger Schultern verteilt werden müssen. Doch auch der Grüne Hahn selbst ist quasi in die Jahre gekommen. Das bisherige Konzept und die vielfältigen unterstützenden Materialien wurden größtenteils vor über 20 Jahren entwickelt. Neuerungen fanden bisher nur behutsam statt und orientierten sich vor allem an den Novellierungen der europäischen EMAS-Verordnung, die dem kirchlichen Umweltmanagement zugrunde liegt. Um es den Umweltteams leicht zu machen,

wurden zahlreiche Checklisten, Formulare und Vorlagen bereitgestellt, die z. B. für die Bestandsaufnahme verwendet werden können. Dadurch fällt es den Umweltteams jedoch teilweise schwer, zwischen wichtigen und weniger relevanten Dingen zu unterscheiden, sie fühlen sich überfordert und empfinden den Grünen Hahn als zu bürokratisch. Außerdem bremsen die „Formalitäten“ in der Aufbauphase die Umsetzung konkreter Umweltmaßnahmen aus. Hinzu kommen teilweise Konflikte mit dem Kirchenvorstand, wenn das Umweltteam auf die rechtlichen Vorgaben zum Umwelt-, Brand- und Arbeitsschutz hinweist, die bisher nicht im Blick waren und deren Einhaltung zusätzliche Arbeit bedeutet.

Das Update

Die Situation in anderen evangelischen und katholischen Kirchen ist ähnlich. Daher hatte das KirUm-Netzwerk eine Überarbeitung des Grünen Hahns in Auftrag gegeben. Die äußeren Rahmenbedingungen können mit der aktualisierten Form zwar nicht verändert werden, aber das neue Konzept soll dazu führen, dass die Umweltteams die Zertifizierung mit weniger Aufwand erreichen und schneller in die praktische Umweltarbeit einsteigen können. Dabei ist ein wichtiges Anliegen, dass die Gemeinden und Einrichtungen ihren Handlungsspielraum ausschöpfen in Bezug auf die gesamtgesellschaftlich besonders drängenden Themen Klimakrise und Verlust an biologischer Vielfalt sowie ihr Potenzial in Sachen Verkündigung, Bildung und Kommunikation nutzen.

Einfache Orientierung

Auf einer zentralen Webseite (siehe Kasten) sind alle Informationen, Anleitungen und Materialien gebündelt. Sie löst nicht nur den gedruckten Leitfaden zur Einführung des Umweltmanagements ab, sondern auch die digitale Sammlung an Formularen, Checklisten und Infomaterial, die bisher per USB-Stick an die Umweltteams ging. Landeskirchen-spezifische Informationen sind über direkte Links erreichbar. Im Fall der EKHN wird man auf die Seite gruenerhahn-ekhn.de geleitet und bei Bedarf kann ein eigener Bereich im EKHN-Portal genutzt werden. Beides wird im Zuge der Fusion des

ZGV mit dem Fachbereich Erwachsenen- und Familienbildung auf den neuesten Stand gebracht.

Gutes Verständnis

Statt wie bisher die Einführung des Umweltmanagements in zehn aufeinander folgenden Schritten zu beschreiben, stehen jetzt fünf Fragen im Mittelpunkt, die die Orientierung erleichtern:

- Wo stehen wir?
- Was ist uns wichtig?
- Wohin wollen wir?
- Wie kommen wir da hin?
- Sind wir auf dem richtigen Weg?

Antworten zu diesen fünf Fragen geben verschiedene Aufgaben-Stationen, die den Fragen zugeordnet sind. Hierzu zählen z. B. die Bestandsaufnahme, die Formulierung von Umweltleitlinien oder die



GRUENER-GOCKEL.NET

Einen Einblick in die neue Webseite zum Grünen Hahn erhalten Sie auf gruener-gockel.net

Kirchengemeinden und Einrichtungen, die konkretes Interesse haben, den Grünen Hahn einzuführen, erhalten von Kathrin Saudhof einen Zugang zu allen Inhalten der Seite.

Kontakt:

Kathrin Saudhof, Referat Umwelt & Digitale Welt
E-Mail: kathrin.saudhof@ekhn.de
Telefon: 06131 28744-52

Aufstellung des Umweltprogramms. Sinn und Zweck jeder Station werden genau erklärt, zudem gibt es einen Werkzeugkasten mit praktischen Hilfsmitteln und methodischen Anregungen, wie die Station zu bearbeiten ist.

Machbare Anforderungen

Für jede Station sind die Mindestanforderungen für die erste Zertifizierung beschrieben. Durch das Baukastensystem können die Umweltteams zudem schnell in die Umsetzung von Maßnahmen einsteigen und das Managementsystem parallel dazu vervollständigen.

Der Grüne Hahn erfüllt weiterhin die Vorgaben des europäischen Öko-Audits „EMAS“, doch werden die möglichen Erleichterungen für kleine Organisationen konsequenter als bisher genutzt. So wurden die Anforderungen für die Dokumentation auf ein Minimum reduziert und die internen Audits können flexibler gehandhabt werden. Zudem wird nur noch geprüft, ob die im engeren Sinne umweltrelevanten Gesetze eingehalten werden. Viele Vorgaben zum Arbeitsschutz, die des Öfteren zu Konflikten zwischen Umweltteam und Kirchenvorstand führten, werden nicht mehr in die Prüfung einbezogen. Dies entlastet das Umweltteam, nicht jedoch den Kirchenvorstand, der nach wie vor dafür verantwortlich ist, dass die Gemeinde alle gesetzlichen Vorgaben einhält!

Positive Resonanz

Neben den Anleitungen auf der neuen Webseite werden auch in Zukunft die in der EKHN ausgebildeten kirchlichen Umweltauditor*innen zur Verfügung stehen, um interessierte Gemeinden bei der Einführung des Grünen Hahns zu unterstützen. Die ersten Ehrenamtlichen erhielten im November 2024 ihr Ausbildungszertifikat nach dem neuen Konzept. Alle anderen Auditor*innen werden Anfang 2025 geschult, um die Vorteile des aktualisierten Konzepts an die Umweltteams weitergeben zu können. Die positive Resonanz auf dem diesjährigen EKHN-Netzwerktreffen Grüner Hahn lässt darauf schließen, dass die Veränderungen neue Motivation geben und den Weg vereinfachen, das kirchliche Umweltmanagement einzuführen. ■

Mission Klimaschutz. Klimaschutz gelingt gemeinsam besser

Mit zielgerichteten Angeboten unterstützt das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung Kirchengemeinden, Nachbarschaftsräume und Einrichtungen der EKHN in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit. Dabei geht es um gezielte Beratung zu ganz konkreten Fragestellungen, aber auch um Bildung, Sensibilisierung und Kompetenzvermittlung, sodass Menschen in ihrem Handeln gestärkt werden. Außerdem werden praktische Tipps an die Hand gegeben, wie das Arbeiten im Team besser gelingt, wie Aufgaben sinnvoll verteilt werden, wie ein Management konkret aufgebaut wird, wie Kommunikation nach innen und außen gut gelingen und wie die Öffentlichkeitsarbeit wirksam eingebunden werden kann. Zur Umsetzung von konkreten Maßnahmen werden finanzielle Förderungen angeboten,

beispielsweise für klimafreundliche Mobilität, Energiesparmaßnahmen oder Maßnahmen zur Förderung des Umweltschutzes und der biologischen Vielfalt.



Cassandra Silk, Referat Umwelt & Digitale Welt
cassandra.silk@ekhn.de

Ein kurzer Rückblick

Seit Frühling 2020 wurde das Projekt P2025 Klimaschutz im Bereich Verbraucherstärkung durchgeführt, um die Klimaschutzbestrebungen der EKHN ergänzend auszubauen. Dabei wurden viele neue Unterstützungsangebote erprobt: die Energiemission, ein Energiemanagement für Kirchengemeinden; verschiedene Pilotprojekte und Förderungen im Bereich der klimafreundlichen Mobilität; die Fortführung des Grünen Hahns, Maßnahmen zur Stärkung der nachhaltigen Beschaffung sowie verschiedene Formate zur Bildung, Sensibilisierung und Kompetenzvermittlung im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Beispielsweise wurde der EKHN-Klimastammtisch für engagierte und interessierte Menschen als Online-Format zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch mit

praktischen oder thematischen Impulsen etabliert. Abgeschlossen wurde das Projekt im Sommer 2024.

Wahre Höhepunkte waren die Klimaschutztage vor Ort in 61 teilnehmenden Kirchengemeinden im Zuge der Energiemission. Dabei wurden die eigenen Räumlichkeiten und Verhaltensmuster im Rahmen einer Gebäudebegehung mit anschließender Maßnahmendiskussion mit anderen Augen betrachtet. Durch Referent*innen des ZGV wurden die Kirchengemeinden dabei fachlich begleitet sowie durch einen professionellen Energieberater unterstützt. Es wurden Dinge hinterfragt, die bisher als selbstverständlich wahrgenommen wurden. Der Klimaschutztag trägt zu einem deutlichen Erkenntnisgewinn und einem neuen Gespür für Energieverbräuche bei, die auch häufig über das kirchliche Handeln hinaus in das private Umfeld hineinwirken. Die

Rückmeldungen der beteiligten Kirchengemeinden waren durchweg positiv.

In einem weiteren Bereich der Verbraucherstärkung, der klimafreundlichen Mobilität, konnten viele Kirchengemeinden und Einrichtungen von verschiedenen Angeboten profitieren, etwa einem Mobilitätswettbewerb, Förderung der E-Bike-Mobilität an Radwegkirchen, zwei Pilotprojekten auf Dekanatebene und einem Fördertopf für Mobilitätsmaßnahmen. Es gibt noch sehr viele Potenziale und Möglichkeiten, die noch angepackt werden können. Sichere Fahrradabstellanlagen, Beteiligung an Carsharing-Angeboten oder Bürgerbussen, Fahrgemeinschaften, Förderung der ÖPNV-Nutzung, E-Mobilität insbesondere im ländlicheren Raum und viele weitere Aspekte spannen den Möglichkeitsrahmen auf.

Wohin entwickelt sich die EKHN im Klimaschutz?

Insgesamt sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit Querschnittsaufgaben, die breit und in vielen Bereichen ansetzen müssen. In der EKHN ging das Klimaschutzgesetz während der Herbstsynode 2024 in die zweite und dritte Lesung und trat im Januar 2025 in Kraft. Zuvor haben Menschen in Kirchengemeinden über viele Jahre bereits versucht, den Klima- und Umweltschutz sowie die Nachhaltigkeit voranzutreiben. Dieses Engagement war und ist sehr wertvoll und hat den Weg für die dringend notwendigen weiteren Schritte geebnet. Das Klimaschutzgesetz soll neuen Rückenwind, Planungssicherheit und Zuversicht für den Klimaschutz in allen Bereichen der EKHN geben. Das Ziel ist klar: Klimaneutralität bis spätestens 2045 und Reduktion der Treibhausgasemissionen auf 10 Prozent bis 2035 im Vergleich zum Jahr 2024.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele wird der Klimaschutzplan, der ab 2026 in die Umsetzung gehen soll, gezielte und bedarfsgerechte Klimaschutzmaßnahmen beinhalten. Damit sollen engagierte Menschen in der EKHN konkret bei ihren neuen Aufgaben und Pflichten unterstützt werden. Es werden dann keine Einzelkämpfer*innen mehr sein, die andere von ihren Ideen und Vorhaben erst überzeugen müssen. Es wird darum gehen, den Klimaschutz in allen klimarelevanten Bereichen des alltäglichen kirchlichen

Lebens verpflichtend mitzudenken, zu stärken und Verantwortung zu übernehmen. Mit einem gemeinsamen Ziel vor Augen: eine lebenswerte, klimaneutrale und nachhaltige Zukunft für alle.

Die Brücke schlagen mit Klimaschutz-Sofortmaßnahmen

Die Zeit bis zur Umsetzung des Klimaschutzplans wird nicht tatenlos verstreichen. Im Juli 2024 hat die Kirchenleitung der EKHN ein Klimaschutz-Sofortmaßnahmenpaket für zwei Jahre beschlossen. Von den zwölf beschlossenen Maßnahmen sind sechs im Bereich der Verbraucherstärkung verortet. Mit ihnen sollen wertvolle Erfahrungen gesammelt werden für den zukünftigen Klimaschutzplan.

Hier eine Übersicht der sechs Maßnahmen:

- Energie sparen: Fortführung der Energiemission, einem Energiemanagement für Kirchengemeinden
- Pilotprojekt „Apfel & Möhre: Klimagesundes Kita-Essen“ (bis zu 50 Kitas):

klimafreundliche und nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung für Kindertagesstätten der EKHN

- Pilotprojekt „Gut unterwegs im Nachbarschaftsraum“: Mobilitätsmanagement im Nachbarschaftsraum (mit bis zu vier Nachbarschaftsräumen) und Fördertopf für klimafreundliche Mobilität für Nachbarschaftsräume, Kirchengemeinden und Einrichtungen
- Klimaschutz konkret: Klimaprogramme für den Nachbarschaftsraum (mit Teilnahme von bis zu zehn Nachbarschaftsräumen)
- „Das EKHN-Klimaschutzgesetz praktisch vor Ort umsetzen“, eine Online-Veranstaltungsreihe zu Themenschwerpunkten des KSG
- Eine fachlich orientierte Fördermittel-Erstberatung.

In der Gemeinschaft liegt die Stärke

Wenn es um Klimaschutz geht, wird von engagierten Menschen vor Ort häufig ge-

fragt, wo und wie sie anfangen können, welche Maßnahmen am sinnvollsten umzusetzen sind und welche Wirkung sie dabei erzielen.

Das gemeinsame Ziel der Klimaneutralität birgt eine große Kraft in sich. Die Unterstützungsangebote im Zuge der Klimaschutzsofortmaßnahmen und des Klimaschutzplans ab 2026 möchten genau diese Kraft bestärken, Orientierung geben, gezielte Beratung anbieten und konkrete bedarfsgerechte Schritte aufzeigen. Haupt- und Ehrenamtliche kommen an vielen Orten gemeinsam ins Tun und erfahren dabei Selbstwirksamkeit und stärken somit die Gemeinschaft. Das ist ein wesentlicher Treiber für die Motivation und die kontinuierliche Weiterarbeit.

Letztlich ist es das Gemeinschaftsgefühl, das darin bestärkt, weiterzumachen. Wenn alle gemeinsam anpacken, können wir so viel mehr als nur die Klimaneutralität erreichen. Wir können zu einem positiven Wandel beitragen, der die Lebensqualität deutlich erhöht.

Packen wir es gemeinsam an! ■

Vision EKHN 2045: Klimaneutral & nachhaltig



Künstliche Intelligenz und das Superwahljahr 2024: Trends und Tendenzen

Rund die Hälfte der Weltbevölkerung durfte im Jahr 2024 wählen. In Deutschland haben die Menschen neue Abgeordnete für die Landesparlamente in Thüringen, Sachsen und Brandenburg gewählt. In den USA wurde Donald Trump erneut zum Präsidenten gewählt. Viele haben Sorgen, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Wahlen weltweit stark beeinflussen könnte. Diese Befürchtung wurde in den Medien oft diskutiert, und es gibt durchaus gute Gründe zur Sorge. Deepfakes¹ sind inzwischen sehr leicht zu erstellen,

und sie wirken immer realistischer. Sie können genutzt werden, um politische Gegner zu diffamieren, Falschnachrichten zu verbreiten, aber auch für satirische und humoristische Zwecke. Doch wie sollen wir als Gesellschaft mit diesen neuen technologischen Möglichkeiten umgehen?



von: Lukas Spahlinger, Referat Umwelt & Digitale Welt
 ↪ lukas.spahlinger@ekhn.de



Künstliche Intelligenz und Meinungsbildung: Was ist daran neu?

Die Meinungsbildung in demokratischen Systemen ist in der Theorie schnell erklärt. Die Bürger*innen informieren sich über Parteien, Politiker*innen, Aktivist*innen oder Journalist*innen – einige machen ihren Job gut, andere nicht so gut. Am Ende treffen die Bürger*innen ihre Wahlentscheidung. Mit dem Internet hat sich die Medienlandschaft stark verändert. Früher bestimmten vor allem Zeitungen und Fernsehsender die Themen der Debatten. Heute kann theoretisch jede*r mit Internetzugang Debatten anstoßen und beeinflussen. Medieninhalte sind schneller und aktueller geworden, und es gibt viele neue Formate, die die traditionelle Bericht-

erstattung ergänzen oder verdrängen. Soziale Medien spielen zunehmend eine zentrale Rolle im Meinungsbildungsprozess, wie Studien zum Medienkonsum zeigen.² Algorithmen passen Inhalte an die Interessen der Nutzenden an, was auch von Wahlkämpfer*innen genutzt wird. Mithilfe von Generativer Künstlicher Intelligenz³ lassen sich Inhalte nun einfacher und schneller produzieren.

Falschnachrichten und Desinformation

Fake News sind kein neues Phänomen. Mit Generativer Künstlicher Intelligenz können politische Botschaften jedoch durch Bilder oder Videos verstärkt werden. Einige Beispiele zeigen, welches Potenzial Deepfakes haben. Im März 2022 kursierte ein Video des ukrainischen Präsidenten Selenskyj, in dem er angeblich die Ukrainer zur Kapitulation aufforderte. Dieses Video wurde schnell als Fälschung entlarvt, weil die Qualität schlecht war, es nicht über offizielle Kanäle der Regierung verbreitet wurde und Selenskyj sich öffentlich dazu äußerte. Ein weiteres Beispiel sind die im März 2023 vom Journalisten Elliot Higgins geteilten Bilder, die Donald Trump bei seiner angeblichen Verhaftung zeigten. Diese Bilder sollten auf die Möglichkeiten der Bildgeneratoren aufmerksam machen und verdeutlichen, dass das Risiko der Manipulation real ist, da die Qualität der

Bilder immer besser wird. Trotzdem muss gesagt werden, dass bisher keine KI-generierten Inhalte Staatskrisen ausgelöst haben.

Confirmation Bias: Es wird das geglaubt, was das eigene Weltbild bestätigt

Der Drang, Informationen zu glauben, die das eigene Weltbild unterstützen, ist weit verbreitet. Dieses Phänomen, bekannt als Bestätigungsfehler (Confirmation Bias), spielt im Zusammenhang mit Falschnachrichten eine wichtige Rolle. Menschen, die bereits eine negative Meinung zu bestimmten politischen Akteur*innen, Parteien oder Themen haben, sind anfälliger für manipulative Inhalte wie Deepfakes oder Fake News, ohne diese zu hinterfragen. Das macht gezielte Desinformation so effektiv. Besonders in emotional aufgeladenen Wahlkämpfen nutzen einige Akteure diese Dynamik, um das Vertrauen in den politischen Prozess zu untergraben.

Trends in digitalen Wahlkämpfen im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz: Masse zählt

In den Wahlkämpfen in Deutschland und den USA wurden generierte Inhalte eingesetzt, um Stimmungen zu erzeugen und bestehende politische Botschaften oder Vorurteile zu verstärken. So verbreit-

teten sich zum Beispiel Bilder von Anhänger*innen der Sängerin Taylor Swift mit T-Shirts, auf denen „Swifties for Donald Trump“ stand. Damit sollte der Eindruck entstehen, dass Taylor Swift Trump unterstützt. Als Reaktion darauf erklärte Taylor Swift wenige Tage später offiziell ihre Unterstützung für Kamala Harris als Präsidentschaftskandidatin, was wiederum große mediale Aufmerksamkeit erzeugte. In der schnelllebigen Welt der sozialen Medien soll durch eine große Menge an Inhalten der Eindruck entstehen, dass eine Mehrheit ein bestimmtes politisches Lager unterstützt. Das hat Strategie und wird professionell gesteuert und umgesetzt. In Deutschland ist das Kernproblem, dass nicht die Breite der politischen Akteur*innen in den sozialen Medien gleichwertig vertreten ist. Besonders Akteur*innen der AfD sind stärker auf bestimmten Kanälen (insbesondere TikTok) aktiv, was zu einer einseitigen Darstellung der politischen Landschaft auf diesen Kanälen führt.

Das Risiko hängt von der politischen Kultur ab

Momentan sind sich die meisten Expert*innen einig, dass der Einfluss von Generativer Künstlicher Intelligenz eher als Verstärker und nicht als Ursache für die Wahl von antidemokratischen Parteien und Amtstragenden gesehen werden muss. Anders gesagt: Die Skrupellosigkeit einiger politischer Akteur*innen stellt die eigentliche Gefahr für unsere Demokratie dar. Hier ist eine umfassende Strategie, die der Vielschichtigkeit des Themas gerecht wird, notwendig. Darunter zählen Transparenz über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Politischen, die Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit und von Vertrauen in politische Institutionen und Medien. Mit Blick auf die Entwicklung des Medienvertrauens in Deutschland lässt sich feststellen, dass das Medienvertrauen im Großen und Ganzen in den letzten Jahren konstant geblieben ist. Darüber hinaus wurden

bisher Deepfakes, die in den Sozialen Medien geteilt wurden, von den Medien dechiffriert.

Wie kann die Gesellschaft damit umgehen?

Obwohl die Europäische Union erste gesetzgeberische Maßnahmen beschlossen hat, wie zum Beispiel eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte, muss davon ausgegangen werden, dass problematische Inhalte weiterhin geteilt und verbreitet werden. Der Umgang mit diesen Inhalten muss auf allen Ebenen gelernt werden: In der Politik, die diese Risiken klar ansprechen und die politische Bildung stärken muss – denn Medienbildung ist Demokratiebildung; in den Medien, die durch kritische Berichterstattung und Recherchen zur Aufklärung von konkreten Fällen und Strategien beitragen; und schließlich in einer kritischen Öffentlichkeit, die in der Lage ist, politische Inhalte einzuordnen und im Zweifel zu prüfen, ob die Inhalte wahr und echt sind, bevor sie weiterverbreitet werden. Häufig lässt sich dies mit einer einfachen Internetsuche oder einer Bilderrückverfolgung klären.

Auch in der Vergangenheit haben Gesellschaften den demokratischen Umgang mit technologischen Innovationen gelernt. Relevant war dabei immer eine lebendige Zivilgesellschaft, die mit eigenen Vorschlägen mitgestaltet hat. Die evangelischen Kirchen in Deutschland bringen sich in diesem Zusammenhang ein, sei es bei den ethischen Debatten oder als Akteurin in der Erwachsenen- oder jugendpolitischen Bildung. ■



**BILDERN DARF MAN HEUTE NICHT MEHR TRAUEN:
OB VERKEHRSUNFALL, MARSLANDUNG ODER PROMINENZ IM BIERZELT –
FAST ALLES LÄSST SICH QUASI „AUS DEM NICHTS“ ERSCHAFFEN.**

Quellen

- 1 Unter Deepfakes versteht man täuschend echt wirkende, mit KI-Generatoren erstellte Bild-, Video- oder Audioinhalte.
- 2 Griese, Hannah/Brüggen, Niels/Materna, Georg/Müller, Eric (2020): Politische Meinungsbildung Jugendlicher in sozialen Medien. Zugänge, ausgewählte Befunde und aktuelle Einblicke in ein interdisziplinäres Forschungsfeld, Hg. v. JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, München (Arbeitspapiere aus der Forschung, 1) ; MPFS (2023): Jim Studie 2023. Jugend, Information, Medien, https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final_kor.pdf (zuletzt geöffnet am: 22.11.2024).
- 3 Generative Künstliche Intelligenz bezeichnet KI-Systeme, die auf Basis von Daten neue Inhalte wie Texte, Bilder, Musik oder Videos erstellen können.



**EIN GETEILTES BEWUSSTSEIN:
HAUSTIERE WERDEN ALS
FAMILIENMITGLIEDER GELIEBT,
NUTZTIERE EHER IGNORIERT UND
ZWECKRATIONAL GENUTZT.**

STADT- & LANDENTWICKLUNG

Von Menschen und Tieren. Gesellschaftspolitische Diskussionen über die Mensch-Tier-Beziehung

Im Frühjahr 2024 wurde der Entwurf zur Novellierung des bundesweiten Tierschutzgesetzes zur öffentlichen Kommentierung freigegeben. Im Herbst 2024 fand die erste Lesung im Bundestag statt. Aufgrund der anstehenden Neuwahlen 2025 droht ein Bearbeitungsstopp.



von: Dr. Maren Heincke, Referat Stadt- & Landentwicklung
➔ maren.heincke@ekhn.de

Das ZGV hat in mehreren Stellungnahmen ausdrücklich begrüßt, dass das bisherige Tierschutzgesetz aufgrund des aktuellen naturwissenschaftlichen Fortschrittes deutlich verbessert werden soll. Neues Wissen über Tiere ist ein sehr wichtiger Treiber des gesellschaftspolitischen Fortschrittes. Dazu gehören Themenkomplexe wie die kognitiven, emotionalen und sozialen Bedürfnisse von Tieren aber auch wissenschaftliche Einsichten zu Schmerz-

empfinden, Angst, Verhaltensanomalien, Bewegungsdrang und Grundinstinkten.

Bisher waren bestimmte gesetzliche Tierschutzziele rein auf die fünf Gruppen der Wirbeltiere bezogen (Fische, Amphibien, Reptilien, Vögel und Säugetiere). Aufgrund neuer Erkenntnisse über das Schmerzempfinden und die oft hohe Intelligenz wirbelloser Tiere sollen jetzt auch Kopffüßer und Zehnfüßkrebse bloß noch nach einer vollständigen Betäubung getötet werden dürfen. Bislang durften

z. B. lebende Hummer unbetäubt in stark kochendem Wasser gekocht werden.

Insgesamt sollte Tieren aus Kirchensicht als empfindungsfähige Mitgeschöpfe ein deutlich erhöhter gesetzlicher Schutzstatus zugewilligt werden.

Tierschutzgesetzgebung für verbesserte Nutztierhaltung

Die gesellschaftspolitische Akzeptanz der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung hängt u. a. davon ab, dass regelmäßige Verbesserungen in den nach Tierschutzgesichtspunkten immer noch defizitären Bereichen erfolgen (Qualzucht, Haltungsbedingungen, nicht kurative Eingriffe, Tiertransporte, Schlachtpraxis).

Allerdings bestehen auch im kirchlichen Raum Befürchtungen angesichts hoher zusätzlicher Investitions-, Umsetzungs-, Kontroll- und Bürokratiekosten. Es drohen dadurch Strukturbrüche bei kleinen und mittleren Tierhaltungsbetrieben wegen finanzieller Überforderung und fehlender Planungssicherheit. Gezielte staatliche Ausstiegs- bzw. Umbauhilfen zur Abfederung der notwendigen Transformationsprozesse und zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind nötig.

Hinzu kommt der gravierende Personalmangel bei Amtstierärzten zur Kontrolle von Landwirtschafts- und Schlachtbetrieben sowie Tiertransporten. Dadurch bestehen seit sehr vielen Jahren erhebliche Vollzugsdefizite, die reine Gesetzesverschärfungen nicht beheben können.

Beitrag zum Thema Tierethik bei internationaler Tagung in Polen

Der Zusammenhang zwischen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und der daraus folgenden Weiterentwicklung der Tierethik war auch das Referatsthema des ZGV im Juni 2024 beim „EuroScience Open Forum (ESOF)“ in Kattowitz. Kattowitz war 2024 „European City of Science“. An der ESOF-Tagung nahmen 3.500 Personen teil, welche sich interdisziplinär über die transformativen Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen befassten.

Das ZGV-Referat über Tierethik bezog sich u. a. auf die Koevolution von Mensch und Tier. Die Kultur-, Wirtschafts- und Technikgeschichte der Menschheit ist ab-



hängig von den vielfältigen Leistungen der Tiere. Mit der neolithischen Revolution vor über 12.000 Jahren begann die Domestizierung verschiedener Nutztierarten. Während der letzten Jahrzehnte schwand in Europa die frühere klare Dominanz rein anthropozentrischer Positionen. Tierschutz- und Tierrechtspositionen gewinnen deutlich an gesellschaftspolitischer Bedeutung. Es gibt zunehmend ein Verständnis für die systemische Schuld und ethischen Dilemmata, sensible Mitgeschöpfe für menschliche Zwecke zu benutzen. Die Notwendigkeit eines radikalen Rückgangs der Gewalt gegen Tiere ist breiter Konsens.

Doch auch nach jahrzehntelangen Diskussionen in Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gibt es keine allgemein akzeptierte Position zur Mensch-Tier-Beziehung oder zum rechtlichen Status von Tieren. Zudem herrscht ein geteiltes Bewusstsein: Haustiere werden als Familienmitglieder geliebt, Nutztiere eher ignoriert und zweckrational genutzt.

Ethische Konflikte sind oft nicht bloß mit kontroversen Interessenslagen, sondern auch mit Machtgefällen verbunden. Die Entwicklung der Tierethik ist ein hoch

dynamischer Prozess und hängt vom jeweiligen kulturellen, religiösen und wissenschaftlichen Kontext ab. Bei Tierethik-konzepten gibt es ein Dreiecksverhältnis von Fakten/Naturwissenschaften, Intuitionen/Emotionen und Prinzipien/moralischen Werten. Naturwissenschaftliche Entdeckungen haben daher das Potenzial, eine neue systematische und konsistente Reflexion dieses Dreiecksverhältnisses zu erzwingen.

Beispiele dafür sind die Entschlüsselung von Tiersprachen mittels Künstlicher Intelligenz, Vollzeit-Videodokumentationen zur Identifizierung von destruktiven Verhaltensmustern von Tieren oder Hinweise auf Angst und Stress mittels Gehirnschans und Blutanalysen.

Die Geschichte der Tierschutzdebatte zeigt, dass kontinuierlich ein erhöhtes Ambitionsniveau angestrebt wird. Zunächst stand die Vermeidung von Gewalt und Schmerzen im Vordergrund. Dann die Gewährleistung der „Fünf Freiheiten des Tierschutzes“. Heute wird ein Anspruch auf emotionales Wohlbefinden sowie kognitive Umweltenreicherung für die Tiere erhoben. Die Forschung zeigt, dass die Förderung kognitiver Herausforderungen und Lernmöglichkeiten sowie angemessene innerartliche Sozialkontakte das Wohlbefinden der Tiere deutlich verbessern. Laufende Diskussionen drehen sich außerdem um die Freiheit der Tiere, sehr starke Verhaltensinstinkte frei ausleben zu können sowie um Konzepte körperlicher Integrität.

Die naturwissenschaftlich fundierte „New York Declaration on Animal Consciousness“ von 2024 bekräftigt, dass nicht bloß Säugetiere und Vögel, sondern vermutlich auch Reptilien, Amphibien, Fische und sogar einige der wirbellosen Tierarten ein subjektives Bewusstsein ihrer selbst haben. Daraus ergibt sich die ethische Notwendigkeit, sehr kritisch über bisher eventuell ignorierte Tierschutzrisiken bei wirbellosen Tieren wie Kopffüßer und Insekten nachzudenken.

Allerdings ist es zumeist ein langer Weg, bis wissenschaftliche Erkenntnisse zu einem höheren gesetzlichen Schutzstatus und einer verbesserten Behandlung der Tiere in der Praxis führen.

Die Tier-Mensch-Beziehung ist zudem von großer Bedeutung für die globalen Nachhaltigkeitsziele. Ernährung, Biodiversität, Klimaschutz und Gesundheit müssen in ihrer engen Verbundenheit betrachtet werden. Während der letzten Jahrzehnte gab es parallel zum Weltbevölkerungswachstum auf 8,1 Milliarden Menschen eine rapide Ausdehnung der Nutztierbestände sowie des Fleischkonsums. Heute existieren weltweit 1,5 Milliarden Rinder, 1,3 Milliarden Schafe, 1,1 Milliarden Ziegen, 1,0 Milliarden Schweine und 26 Milliarden Hühner. Die Wildtierzahlen gingen hingegen als Folge dieser Nutztier-Expansion dramatisch zurück. Ein stark verbesserter Schutz der gesamten Tierwelt aus Wild-, Nutz- und Haustieren würde gleichzeitig den fundamentalen Lebensinteressen der Menschen dienen. ■

Die Entwicklung der Tierethik ist ein hoch



NUTZTIERBESTÄNDE UND FLEISCHKONSUM WACHSEN – HEUTE EXISTIEREN WELTWEIT:
 1,5 MILLIARDEN RINDER
 1,3 MILLIARDEN SCHAFE
 1,1 MILLIARDEN ZIEGEN
 1,0 MILLIARDEN SCHWEINE
 26 MILLIARDEN HÜHNER

Mehrwert im Quartier. Sozial verantwortliche Gebäudeentwicklung in Kirche und Diakonie

Bis 2060 werden in den großen Kirchen bis zu 40.000 Gebäude nicht mehr für kirchliche Zwecke benötigt. Daraus resultieren Herausforderungen und Chancen, die nicht nur aus baulicher und finanzieller Perspektive betrachtet werden dürfen, sondern auch mit Blick auf die soziale Verantwortung von Kirche und die Bedürfnisse in den Sozialräumen vor Ort.



von: Stefan Heinig, Referat Stadt- & Landentwicklung
➔ stefan.heinig@ekhn.de



Angesichts der Mitglieder- und Einnahmenentwicklung finden in fast allen Landeskirchen Prozesse statt, in denen der Gebäudebestand vor dem Hintergrund von kirchlichen Bedarfen und finanziellen Möglichkeiten systematisch bewertet wird. Dabei fließen auch die jeweils definierten Klimaziele oder beschlossenen Klimaschutzgesetze ein. Im Ergebnis steht meist eine Kategorisierung der Gebäude. Diese reicht von Gebäuden, die weiterhin für kirchliche Aufgaben benötigt werden, bis hin zu Gebäuden, die nicht mehr solidarisch finanziert werden können und für die deshalb neue Nutzungsperspektiven ins Auge gefasst werden müssen. Auch in der EKHN werden bis 2026 in allen Dekanaten entsprechende Gebäudebedarfs- und -entwicklungspläne erstellt.

Bisherige Erfahrungen mit Kirchengumbnutzungen

In Nordrhein-Westfalen ist man bereits seit fast 20 Jahren mit den Nutzungsperspektiven für brach gefallene Kirchen befasst. So wurden zum Beispiel in Gelsenkirchen und Bochum zwischen 2006 und 2016 mehr als 25 Prozent der Sakralgebäude aufgegeben. Dort unterstützt das Landesbauministerium Kirchen-

umnutzungen mit Forschungs- und Modellvorhaben. Denn kirchliche Gebäude haben nicht nur eine besondere Bedeutung aus baukultureller Sicht, sondern auch für die soziale Quartiersentwicklung im Umfeld. Unter www.zukunft-kirchen-raeume.de wurde deshalb ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot aufgebaut.

Seit einigen Jahren befasst sich das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Sakralraumtransformation“ (www.transara.de) systematisch mit den Perspektiven für kirchliche Räume. Auf Grundlage von Fallstudien im Raum Aachen und Leipzig werden neben einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Sakralraum-begriff architektonische und immobilienwirtschaftliche Implikationen sowie organisatorische Aspekte betrachtet. Ein zentrales (Zwischen-)Ergebnis ist die Fokussierung auf eine hybride Nutzung sakraler Räume für gottesdienstliche Zwecke, aber auch darüber hinaus im diakonischen oder gesellschaftlichen Umfeld.

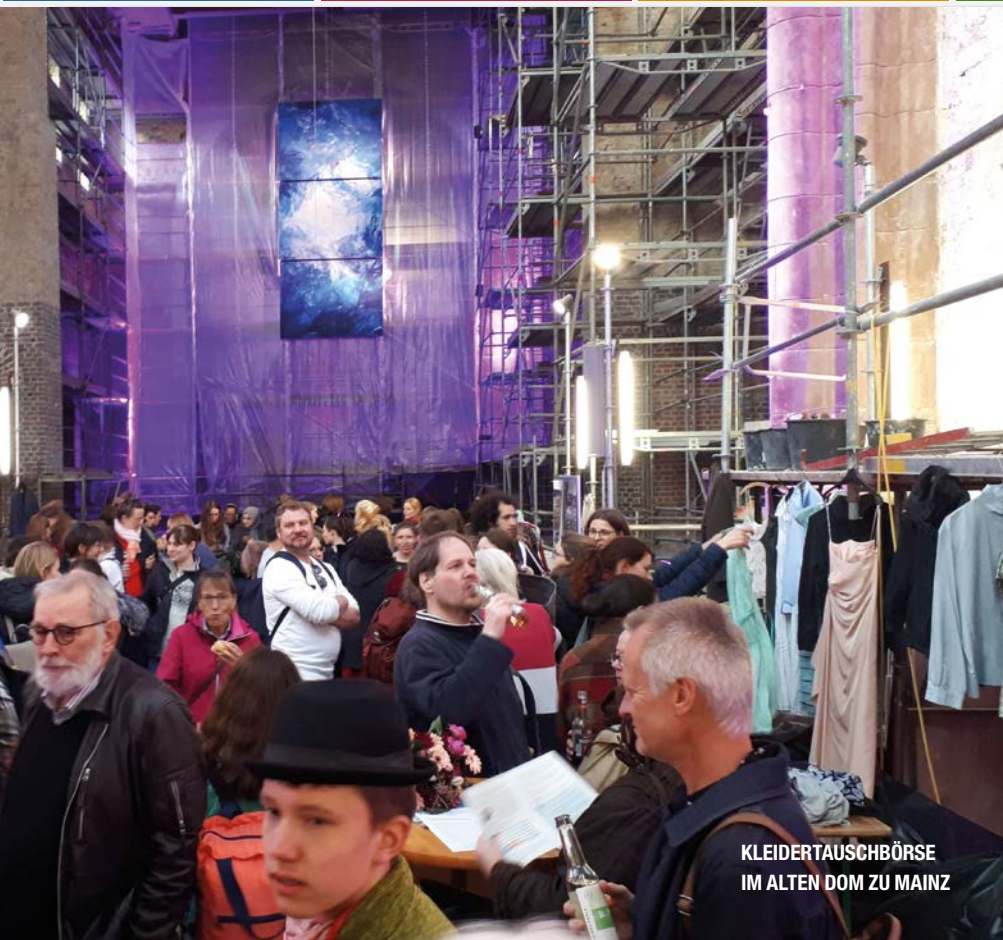
2024 hob das „Kirchenmanifest“ (www.kirchenmanifest.de), das bis November 2024 über 20.000 Menschen unterzeichnet hatten, die Bedeutung von Kirchenbauten als baukulturell wichtige, multicodierte Orte in die gesellschaftliche Diskussion. Die Initiator*innen fordern

den konsequenten Erhalt von Kirchen als öffentliche Orte, u. a. durch neue Trägerschaftsmodelle nach dem Vorbild der „Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur“ in Nordrhein-Westfalen.

Perspektive auf Gemeindehäuser

Allen diesen Projekten ist gemeinsam, dass ihr Fokus auf der Perspektive von nicht mehr für kirchliche Zwecke benötigten Kirchen liegt. Doch gleichzeitig trennen sich Kirchengemeinden von zahlreichen Gemeinde- und Pfarrhäusern. In der Gebäudebedarfs- und -entwicklungsplanung der EKHN wird davon ausgegangen, dass eine „Baulastreduzierung“ bei den sakralen Flächen nur zu ca. 10 Prozent erfolgen wird, aber viel stärker bei den Gemeindehäusern und profanen Versammlungsflächen.

Pfarr- und Gemeindehäuser sind meist deutlich einfacher umzunutzen und zu veräußern als Kirchen, wodurch sich fiskalisch wichtige Erlöse erzielen lassen. Doch gerade diese Gebäude bieten auch besondere Chancen, mit einer hybriden Nutzung oder Umnutzung auf Bedarfe im Sozialraum wie geförderten Wohnraum, Kindertagesstätten oder Raum für soziale und kommunikative Angebote zu reagie-



sprache mit Kommunen, Diakonie, anderen Religionsgemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteuren wichtig. Dadurch kann ein gemeinschaftlich getragener Prozess erreicht und mit der Gebäudeumnutzung ein Mehrwert für den Sozialraum geschaffen werden.

- Gebäudeentwicklung benötigt ein wirtschaftlich tragfähiges Gesamtkonzept. Deshalb ist zu empfehlen, kirchliche Gebäudekomplexe als Gesamtheit zu entwickeln und mit professionellen diakonischen und/oder immobilienwirtschaftlichen Partnern zu kooperieren.

- Die Veräußerung von Gebäuden oder Vergabe in Erbpacht an neue Eigentümer nach dem inhaltlichen Konzept („Konzeptvergabe“) statt nach dem höchsten Preis hat sich bereits in vielen Projekten bewährt. Die Suche nach dem besten Konzept erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit den Bedarfen im Sozialraum, von Orten für Gemeinschaft über bezahlbares Wohnen bis hin zu sozialen Einrichtungen.

In Kirchenvorständen gibt es häufig wenig bzw. nur zufällig Know-how aus Architektur, Projektentwicklung und Planung. Landeskirchen sind deshalb gut beraten, angesichts der Dimension der Aufgabe nicht nur kirchengesetzliche Rahmenbedingungen anzupassen, sondern auch professionelle Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Kirchengemeinden aufzubauen. Dabei muss gelingen, die Stärken von Bottom-up-Prozessen und Top-down-Strukturen miteinander zu verbinden. ■

INFORMATIONEN ZUM THEMA

Auf der Webseite des ZGV sind Links und Materialien zum Thema unter Stadt- und Landentwicklung sowie zur Gebäudeentwicklung zusammengefasst.

➔ www.zgv.info

ren. Die EKD-Texte 136 „Bezahlbar Wohnen“ zeigen mit dem darin dargestellten „Modell der ethischen Entscheidungsfindung“, wie wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte bei der Umnutzung und Veräußerung kirchlicher Gebäude verantwortungsvoll miteinander abgewogen werden können.

Veranstaltungsreihe „Sozial verantwortliche Gebäudeentwicklung“

Mit Blick auf die sozialräumlichen Handlungsmöglichkeiten war das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung 2024 an der Durchführung der bundesweiten Veranstaltungsreihe „Sozial verantwortliche Gebäudeentwicklung in Stadt und Land – Know-how für Kirchengemeinden und diakonische Träger“ beteiligt. Nach der Eröffnung, in der das Thema aus dem Blickwinkel kirchlicher Sozialethik, praktischer Erfahrungen und gesellschaftlicher Verantwortung beleuchtet wurde, standen in vier digitalen Veranstaltungen die Protagonisten von acht guten Beispielen Rede und Antwort. Die Beispiele reichten von der Vergaberichtlinie für kirchlichen Wohnraum der katholischen Kirche in Frankfurt über verschiedene Beispiele von Konzeptverfahren für die

Veräußerung kirchlicher Gebäude und Grundstücke, z. B. für gemeinschaftliche Wohnprojekte oder Mitarbeitendenwohnen bis hin zur systematischen Entwicklung kirchlicher Grundstücke durch „Bauwerk kirchliche Immobilien“, ein Eigenbetrieb des Kirchenkreises Hamburg-West.

Zur Abschlussveranstaltung in den Räumen der Diakonie Deutschland in Berlin wurden die Ergebnisse der Reihe mit Vertreter*innen von Kirchengemeinden, Landeskirchen und Diakonie, aber auch Politik, Hochschulen und Zivilgesellschaft diskutiert. Dabei wurden unter anderem die folgenden Erkenntnisse zusammengetragen:

- Kirchen und kirchliche Gebäude haben nicht nur für Kirchenmitglieder und baukulturell interessierte Menschen eine besondere Relevanz. Sie sind identitätsprägend für viele Menschen, die in den Dörfern und Stadtteilen wohnen. Sie sind wichtige Orte der Gemeinschaft und mit vielen Emotionen und Erinnerungen verbunden. Auch wenn sie von der Kirchengemeinde abgegeben werden, verbinden viele Menschen diese Gebäude weiterhin mit der Institution Kirche.

- Um gute Perspektiven für kirchliche Gebäude zu finden, sind frühzeitige Ge-

„Zusammenkommen ist ein Gewinn, Zusammenbleiben ein Fortschritt, Zusammenarbeit ein Erfolg“ – Kirche und Diakonie (nicht nur) im Nachbarschaftsraum

Im aktuellen Transformationsprozess ekhn2030 will die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) ihr Handeln mitglieder- und gemeinwesenorientiert ausrichten. Gemeinwesenorientierung bedeutet, dass Kirche nicht nur für die eigenen Mitglieder da ist. Sie bringt sich auch in ihrem Umfeld ein, dem

Dorf, Stadtteil, Quartier, um die Lebensbedingungen aller dort lebenden Menschen positiv mitzugestalten. Zahlreiche Beispiele wie kirchliche Begegnungscafés, Klimaschutzinitiativen und Kleiderkammern zeigen: In Zusammenarbeit mit anderen Aktiven vor Ort gelingt das gut und wirkungsvoll.



von: Susanne Talmon, Referat Stadt- & Landentwicklung
 ➔ susanne.talmon@ekhn.de

Die möglichen Kooperationspartner*innen sind dabei so vielfältig wie die unterschiedlichen Lebensräume und Bedarfslagen in den Dörfern und Städten. Eine besondere Bedeutung haben aus kirchlicher Perspektive aber immer die Kommune als wichtige Partnerin z. B. für Kitas und weitere Sozialdienstleistungen und diakonische Einrichtungen.

Diakonie als sozialer Dienst der evangelischen Kirche und Kirche sind auf besondere Art miteinander verbunden: in theologischer, finanzieller und auch organisatorischer Hinsicht, auf bundes- und landeskirchlicher Ebene sowie vielerorts auch lokal. Die Zusammenarbeit in gemeinsamen sozialdiakonischen Aktivitäten wird entsprechend auch immer wieder gefordert und gefördert. Prominente Beispiele sind die DRIN-Projekte in der EKHN, die „Wir & Hier Toolbox“ sowie verschiedene Netzwerke, in denen auch das ZGV mitarbeitet (siehe Kasten).

Welche Chancen birgt die Zusammenarbeit von Kirche und Diakonie nun im aktuellen Transformationsprozess ekhn2030, und wie kann sie gelingen?

Eine Chance!

In den neuen Nachbarschaftsräumen der EKHN werden aktuell kirchliche Aktivitäten weiterentwickelt, Organisationsstrukturen umgebaut und die Nutzung von kirchlichen Gebäuden steht auf dem Prüfstand. Kirche wird zukünftig nicht

mehr überall in der Fläche präsent sein können. Auch die regionale Diakonie Hessen-Nassau ordnet ihre Strukturen bis 2026 neu. Es ist also gerade viel in Bewegung bei Kirche und Diakonie – und damit ein sehr guter Zeitpunkt, um sich für die Zukunft auf lokaler und regionaler Ebene gemeinsam und aufeinander abgestimmt aufzustellen. Dabei sind neben Einrichtungen der regionalen Diakonie selbstverständlich auch die Diakoniestationen (ambulante Pflegedienste) sowie weitere große diakonische Einrichtungen (z. B. Mission Leben gGmbH) einzubeziehen.

Denn neben den o. g. Verflechtungen sowie den geteilten Werten und Zielen gibt es auch zahlreiche ganz praktische Schnittstellen von kirchlichen und diakonischen Aktivitätsfeldern vor Ort. Allem voran sind hier sozialdiakonische Tätigkeiten zu nennen: von Beratung und Seelsorge über Angebote der Familienbildung bis zu Aktivitäten mit benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Aber auch der Einsatz von ehrenamtlich Engagierten sowie Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising sind Arbeitsbereiche, die in beiden Organisationen sehr relevant sind.

Herausforderungen

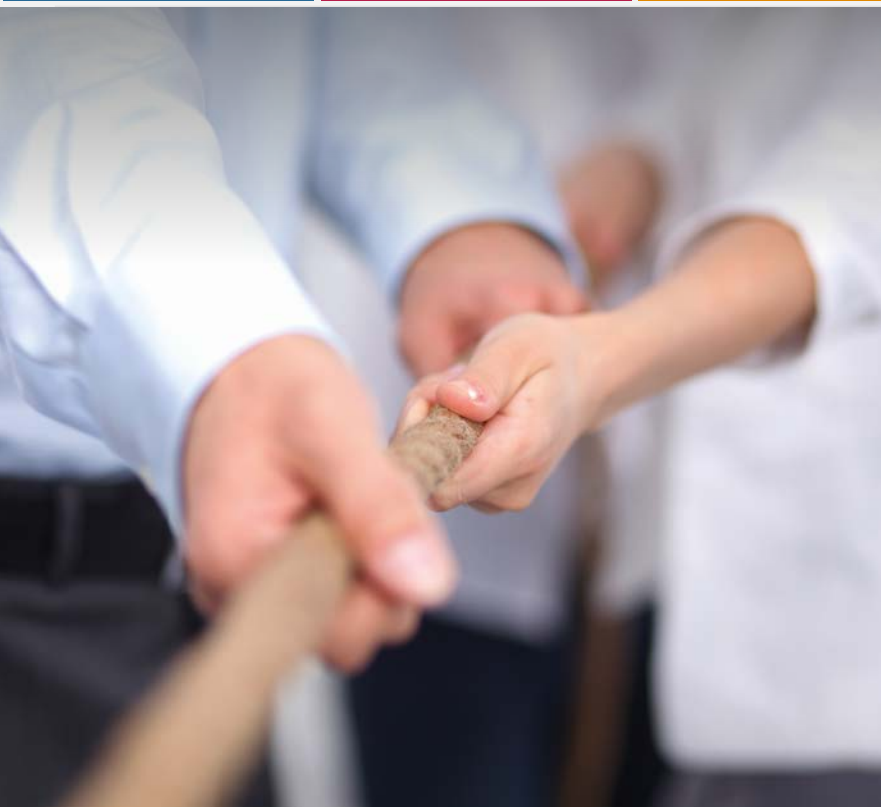
Sicherlich sind die jeweiligen Organisationslogiken und Arbeitsweisen unterschiedlich: Diakonische Einrichtungen unterliegen als gemeinnützige Unter-

nehmen anderen ökonomischen Sachzwängen als Kirchengemeinden. Die Entscheidungsprozesse und -befugnisse differieren deutlich: Bei der Diakonie konzentriert sich die Entscheidungshoheit bei der Einrichtungsleitung mit schneller Entscheidungsfindung; in Kirche entscheidet der Kirchenvorstand als ehrenamtliches Gremium in längeren basisdemokratischen Abstimmungsprozessen. Ehrenamtliche nehmen unterschiedliche Rollen ein: In Kirche sind sie Entscheider, Verantwortliche und praktisch Aktive, während sie in Diakonie vorwiegend unterstützend aktiv sind und die Hauptverantwortung bei hauptamtlich Tätigen liegt.

Mehrwert

Gerade in der Unterschiedlichkeit liegt aber auch eine große Chance, wenn bewusst damit umgegangen wird. Die Kooperation ermöglicht dann:

- **Bessere Wahrnehmung der Themen und Bedarfe der Menschen vor Ort** durch den Kontakt zu unterschiedlichen Personengruppen;
- **Schärfung des jeweiligen Profils und Entlastung** durch klare Absprachen wer wo wie aktiv ist – es müssen nicht alle alles machen!;
- **Entlastung (intern) und Wirkungssteigerung (extern)** durch die Bündelung von Personal, Finanzen, Kompetenzen und den Zugang zu weiteren Ziel- und Engagiertengruppen – z. B. durch ge-



meinsame Angebote, gemeinsame Nutzung oder Überlassung von Gebäuden, gemeinsames Ehrenamtsmanagement;

- **Erschließen neuer Ressourcen**, z. B. Finanzierungsquellen, neue Ehrenamtliche;
- **Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung** durch ein gemeinsames öffentliches Auftreten und Berichte auch über Aktivitäten der jeweils Anderen;
- **Erreichen gemeinsamer strategischer Ziele**, indem Kirche und Diakonie gegenüber Dritten ihre jeweiligen Rollen bewusst einsetzen; z. B. kann Kirche unabhängig von Finanzierungszusammenhängen soziale Themen gegenüber der Kommune einbringen.

Insbesondere bei der jetzigen Ausgestaltung der kirchlichen Arbeit in den Nachbarschaftsräumen ermöglichen Absprachen und gemeinsame Planungen von Kirche und Diakonie also, dass „Kirche“ (im weiteren Verständnis inkl. Diakonie) an relevanten Orten weiterhin präsent ist sowie für und mit den Menschen vor Ort Wirkung erzielt.

Konkrete Umsetzung

Was braucht es, damit die Zusammenarbeit von Kirche und Diakonie vor Ort gelingt?

Grundlegend ist ein Bewusstsein für die Potenziale einer Zusammenarbeit so-

wie der Wille zur Kooperation. Ebenso entscheidend sind das gegenseitige Kennen der Akteure und Angebote sowie ein regelmäßiger Informationsaustausch, informell und/oder formell. Im Dekanat Frankfurt/Offenbach wird dies im Winter 2024/25 z. B. durch eine gemeinsame Visitation von Kirche und Diakonie gefördert. Im Dekanat Dreieich-Rodgau sind alle diakonischen Einrichtungen im Dekanat regelmäßig zur Dekanatskonferenz eingeladen. Das ist auch auf Ebene des Nachbarschaftsraums möglich. Und auch ein gelegentlicher kurzer Plausch beim Kaffee kann Brücken bauen. In welchem Turnus und Format systematische Absprachen erfolgen, sollte im besten Fall regional entschieden werden.

Klar ist: Vernetzung braucht gewisse personelle Ressourcen, die von den jeweiligen Entscheidungsträgern eingeplant und finanziert werden müssen. Zudem sollte der Einsatz von Ehrenamtlichen immer im Zusammenspiel mit Hauptamtlichen erfolgen, um Überforderungen zu vermeiden. Und schließlich ist ein bewusster und konstruktiver Umgang mit den unterschiedlichen Organisationslogiken nötig, um Frustrationen zu vermeiden. Termine können beispielsweise entsprechend der Einsatzzeiten von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen abwechselnd mal abends/wochenends und mal tagsüber gelegt werden.

Kirche und Diakonie haben eine starke Stimme, die sie in unterschiedlichen „Ton-

arten“ nutzen können, um gemeinsam ein gutes Leben und Miteinander im Gemeinwesen zu fördern. Das abgestimmte Agieren stärkt zudem die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Organisationen. Dabei sollte die Zusammenarbeit nicht exklusiv sein, sondern offen für das Zusammenwirken mit weiteren Aktiven wie der Kommune oder Vereinen, nach dem Motto „KD+“: Kirche, Diakonie + Weitere. ■

INFORMATIONEN ZUM THEMA

Das ZGV arbeitet eng mit der Diakonie Hessen und der regionalen Diakonie zusammen. Gerne unterstützen und beraten wir bei der Anbahnung und Ausgestaltungen von Kooperationen von Kirche und Diakonie (und darüber hinaus) im Nachbarschaftsraum und Dekanat. Kommen Sie einfach auf uns zu!

Gemeinwesenorientierung im ZGV:

➔ www.kurzlinks.de/mi44

ZGV-Newsletter „Kirche mittendrin“:

➔ [Anmeldung an susanne.talmon@ekhn.de](mailto:Anmeldung%20an%20susanne.talmon@ekhn.de)

Netzwerk Gemeinwesendiakonie und Quartiersarbeit in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland:

➔ www.kurzlinks.de/Netzwerk-GWD

Bundesnetzwerk Gemeinwesendiakonie:

➔ <https://gemeinwesendiakonie.de>

Junge Wähler*innen im Fokus

Im Superwahljahr 2024 wurde das Wahlverhalten junger Menschen in Medienberichten vielfach diskutiert. „Junge Menschen wählen anders“¹, titelt die Tagesschau zur Europawahl, „AfD-Erfolge – Warum Jugendliche rechts wählen“², lautet ein Beitrag des Deutschlandfunks zu den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg und eine Zeit-Online-Kolumne fragt: „Warum die AfD bei jungen Männern so gut ankommt“³. In vielen Berichten schwingt Verwunderung bis Unverständnis für die Wahlentscheidungen junger Menschen mit – das Bild vieler von „der“ Jugend scheint nicht mit den Wahlergebnissen (und den eigenen Erwartungen an junge Menschen) übereinzustimmen. In der Einordnung der Wahlergebnisse zeigt sich stellenweise die Gestaltungsmacht von Erwachsenen in Politik und Medien und ihre Deutungshoheit im Diskurs. Ein genauer und differenzierter Blick ist nötig, um vorschnelle

Pauschalisierungen einer heterogenen Generation zu vermeiden. Oder: Warum dieser Artikel ganz bewusst gerade nicht „Was ist nur mit der Jugend los“ heißt.

von: Katharina Adams, Referat Jugendpolitische Bildung
 ✉ katharina.adams@ekhn.de



Wahlergebnisse und ihre Einordnungen

38 Prozent in Thüringen, 31 Prozent in Sachsen, 31 Prozent in Brandenburg – bei den Landtagswahlen 2024 hat ca. ein Drittel der jungen Erwachsenen die AfD gewählt. In der Einordnung der Ergebnisse sollte beachtet werden, dass „die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen im Osten sehr klein ist. Die sind nicht die, die den großen Erfolg der AfD erklären. Dafür ist eher die Gruppe der 40- bis 60-Jährigen verantwortlich, und die wissen genau, wen sie wählen, und sind teilweise selbst aus der rechten Jugendkultur der 1990er – den Baseballschlägerjahren – entsprungen“⁴, betont der Soziologe Daniel Kubiak. Diese relativen Verhältnisse sind wichtig, um Deutungsmacht von Erwachsenen und Generationenerwartungen kritisch betrachten zu können. Ein Machtgefälle,

das unsere gesellschaftlichen Strukturen prägt, tritt hier deutlich hervor: „Adultismus“ bezeichnet die alltägliche Machtungleichheit zwischen Erwachsenen und jungen Menschen und ist eine strukturelle Diskriminierungsform, bei der Erwachsene Kinder und Jugendliche aufgrund ihres Alters als weniger fähig behandeln. Erwachsene wüssten stets besser, was „richtig“ ist – nur weil sie älter sind. Dass sich junge Menschen nicht wahr- und ernstgenommen fühlen, ist in und nach der Corona-Pandemie vielen Menschen bewusst geworden, aber kein neues Phänomen. Diese machtungleiche Struktur ist gesellschaftlich tief verankert, sodass gesellschaftliche Normen, Erwartungen und Verhaltensweisen hiervon geprägt sind. In einer starken Ausprägung war dies in einigen Forderungen als Reaktion auf die Wahlergebnisse junger Menschen zu erkennen: „TikTok ist schuld!“, riefen die einen, „Die Absenkung des Wahlalters

war falsch!“, skandierten die anderen und wieder andere forderten reflexartig bis pauschal „Mehr politische Bildung!“. Eine Forderung nach der (Wieder-)Erhöhung des Wahlalters spricht jungen Menschen ihre Fähigkeit ab, politische Entscheidungen zu treffen. Die alleinige Ursache in der TikTok-Nutzung zu suchen, missachtet das komplexe Ineinandergreifen verschiedener Faktoren. Es gilt, junge Menschen und ihre Themen ernst zu nehmen und genau hinzuschauen: Welche der jungen Menschen wählen rechts und was erhoffen sie sich? Welche Rolle spielt TikTok und wie informieren sich junge Menschen über politisches Geschehen?

Wahlverhalten – Faktoren und Motive

Allein die Nutzung von TikTok kann nicht dazu führen, dass sich junge Menschen von rechten Parteien in direkter Konsequenz angesprochen fühlen. Es gibt verschiedene, ineinandergreifende Faktoren: Junge Menschen sind politisch weniger gebunden und deshalb offener für verschiedene Parteien. Besonders bei jungen Männern zeigen sich antifeministische Tendenzen, die sie eher rechts wählen lassen als junge Frauen. Letztere haben in den letzten Jahren eine bessere Bildung und Ausbildung erlangt und verfügen über bessere Arbeitsmarktchancen, während traditionelle Industriearbeitsplätze für Männer schwinden und neue



Dienstleistungsjobs entstehen, die überwiegend von jungen Frauen besetzt werden.⁵ Gleichzeitig sind viele heutige Erstwähler*innen mit der AfD im Parteienangebot aufgewachsen und empfinden sie als normal,⁶ auch weil „ihre Positionen in der Familie und (u. a. durch false balancing⁷) in den Medien Fuß fassen und durch die (zweifelhafte) Kampagnenfähigkeit der AfD auf TikTok und Co. an Präsenz gewinnen“⁸. Laut der aktuellen JIM-Studie erfahren die meisten Jugendlichen Neuigkeiten des aktuellen Weltgeschehens über Gespräche mit der Familie.⁹ Auch in Familien-Chatgruppen informieren sich junge Menschen, wobei dieser soziale Nahraum eine verifizierende bzw. kuratierende Funktion zur Einordnung verschiedener politischer Themen übernimmt.¹⁰ Besonders in den ostdeutschen Bundesländern spielen eigene strukturelle Abwertungserfahrungen und die der Eltern eine Rolle.¹¹ Durch diese und weitere Faktoren entsteht ein Nährboden. Rechtsextremisten greifen den sich seit Jahren abzeichnenden Trend junger Männer nach rechts auf und bieten in unsicheren Zeiten u. a. durch tradierte Männlichkeits- bzw. Familienbilder eine sichere Andockstelle. Dies setzen sie auf Plattformen wie TikTok intensiv um, sprechen Jugendliche direkt an und geben ihnen das Gefühl, sie ernst zu nehmen. Die Komplexität der Faktoren, auf die in diesem Rahmen aufgrund der begrenzten Kapazität nicht allumfassend eingegan-

gen werden kann, verdeutlicht dennoch die Notwendigkeit einer differenzierten Auseinandersetzung und kontinuierlichen Reflexion dieser Aspekte. Für Fachkräfte¹² der politischen Jugendbildung ist es wichtig, stets mit aktuellen Entwicklungen und Fakten hierzu vertraut zu sein. Für den Fachtag des Arbeitskreises Medien Rhein-Main (das ZGV ist Mitglied des Arbeitskreises) in diesem Jahr wurden deshalb Fachbeiträge zu Reichweiten und Interaktionsmustern extremistischer Parteien auf Social Media ebenso wie zu Demokratiebildung und Demokratiekompetenz aus medienpädagogischer Perspektive in den Fokus gerückt. Denn: Politische (Jugend-)Bildung ist unerlässlich.

Vom Tatütata zum Dauer(b)renner – politische Bildung als Daueraufgabe

Die eingangs bereits skizzierte Forderung nach „mehr politischer Bildung“ kann unterstützt werden, wenn man sie als verlässliche, gesicherte Daueraufgabe versteht. Politische Bildung unterstützt die Haltungs-, Begegnungs- und Handlungserfahrungen von jungen Menschen – das geschieht nicht über Nacht und auch nicht rein punktuell. Sie ist keine Feuerwehr, die anrückt, wenn es brennt und nur erste schnelle Hilfe verschafft – sie sollte (finanziell) verstetigt sein bzw. werden und alle gesellschaftspolitischen Felder umfassen, d. h. nicht auf reine Extremismusprävention reduziert werden. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung nimmt dies ernst, indem politische Jugendbildung als Querschnittsthema in allen Referaten fest verankert ist. Politische Bildung ist eine Daueraufgabe, die an allen Lebensorten Platz hat und stattfinden sollte, „an denen sich Menschen jeden Alters aufhalten“¹³. Kirche ist ein solcher Ort. Als Trägerin gesellschaftspolitischer Jugendbildung bietet sie die nötigen Räume für Erfahrungen und Begegnungen. Adultistische Strukturen sind auch hier, wie in der Gesellschaft, tief verankert. Entscheidend ist die Offenheit für Veränderungen. Der von der 13. Kirchensynode der EKHN in ihrer Herbsttagung (27.–30.11.2024) beschlossene „Jugendcheck“ ist ein gutes Beispiel dafür, wie nachhaltige Entscheidungen getroffen werden können. Neue Gesetzesvorhaben werden zukünftig dahinge-

hend überprüft, ob sie Jugendliche und ihre Lebenswelten betreffen. Junge Menschen der EJHN (Evangelische Jugend in Hessen und Nassau e.V.) werden ihre Expertise einbringen können, da sie im Entstehungsprozess von Kirchengesetzen und Verordnungen involviert sein werden. Dies ist ein wichtiger erster Schritt und zeigt, dass Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen übernommen wird und Jugendliche ernst genommen werden. ■

Quellen

- Ostermann, Torben (2024): Junge Menschen wählen anders. URL: <https://www.tagesschau.de/europawahl/wahl/junge-waehler-100.html> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Deutschlandfunk (leg) (2024): Warum Jugendliche rechts wählen. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/junge-waehler-rechts-afd-100.html> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Fratzsch, Marcel (2024): Warum die AfD bei jungen Männern so gut ankommt. URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-09/junge-waehler-wahlverhalten-maenner-frauen-rechtsruck> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Fromm, Anne; Gottschalk, Katrin (2024): „Bei den Jungen habe ich Hoffnung“. URL: <https://taz.de/Soziologie-ueber-Wahlen-im-Osten/16031179/> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Fratzsch, Marcel (2024): Warum die AfD bei jungen Männern so gut ankommt. URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-09/junge-waehler-wahlverhalten-maenner-frauen-rechtsruck> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Röhlig, Marc (2024): Drei Gründe warum so viele Ost-Millennials AfD gewählt haben – oder die Grünen. URL: <https://www.spiegel.de/politik/landtagswahlen-warum-junge-waehler-in-sachsen-und-brandenburg-so-anders-gewaehlt-haben-a-3b981b09-b02a-48e7-a6d9-048ed68df96> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- „Bei der ‚False Balance‘ [Falsche Gleichgewichtung, K.A.] wird einer Minderheitenmeinung so viel Raum gegeben, dass der falsche Eindruck entsteht, sie sei gleichwertig mit der Konsensmeinung.“ Linß, Vera; Richter, Marcus (2021): Wie lässt sich „False Balance“ verhindern? URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/breitband-sendungsuoberblick-wie-laesst-sich-false-balance-100.html> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Grebe, Anna (2024): Ungehört, unerhört oder überfordert? URL: <https://www.freiheitmachtpolitik.de/essays/jugend-demokratie/> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2022): JIM-Studie 2023 – Jugend, Information, (Multi-)Media. URL: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final_kor.pdf (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Grebe, Anna; Peters, Jendrik (2024): Rechtspopulistisch, rechtssoffen, rechtsextrem? (mit Marcel Lewandowsky). Folge 15. URL: <https://berufsjugendlich.podigee.io/17-new-episode>. (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Hüster, Jonas (2024): „Das verängt bei jungen Männern“. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wahlverhalten-junge-menschen-100.html> (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Die Medienpädagogin Anna Grebe fasst in ihrem Podcast zusammen: Das oft von der AfD und anderen rechten Akteuren fälschlicherweise umgedeutete Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses in ein sogenanntes „Neutralitätsgebot“ verunsichert Jugendverbände und freie Träger, die u. a. Kürzungen finanzieller Mittel befürchten. Deutlicher: Rechtsextreme Positionen müssen und vor allem dürfen nicht als vermeintlich neutral wiedergegeben werden. Freie Träger der Jugendhilfe und andere nicht-staatliche Organisationen sind keine Staatsorgane. Pädagogische Fachkräfte müssen auf der Basis des Grundgesetzes in der Lage sein, Verstöße gegen unsere Verfassung (z. B. rassistische oder sexistische Positionen und Forderungen) sachlich begründet als solche einordnen zu dürfen. In: Grebe, Anna; Peters, Jendrik (2024): Rechtspopulistisch, rechtssoffen, rechtsextrem? (mit Marcel Lewandowsky). Folge 15. URL: <https://berufsjugendlich.podigee.io/17-new-episode>. (Abrufdatum: 19-11-2024).
- Grebe, Anna (2024): Allheilmittel politische Bildung? Warum mich der Ruf nach „mehr politischer Bildung“ nervt und was wir wirklich brauchen. Instagram-Beitrag (@medien.politik.partizipation) 26.09.2024 <https://www.instagram.com/p/DAYWlGM7pk/>. (Abrufdatum: 19-11-2024).

- ✗ CDU?
- ✗ SPD?
- ✗ GRÜNE?
- ✗ LINKE?
- ✗ FDP?
- ✗ BSW?
- ✗ AFD?
- ✗ VOLT?
- ✗ PIRATEN?



DEMOKRATIE STÄRKEN

Demokratie stärken in herausfordernden Zeiten. Ein Blick zurück nach vorn

Demokratie und Teilhabe zu stärken ist mehr als ein Projekt. Es ist eine Daueraufgabe. Dies zeigen die Erfahrungen des EKHN-Projekts Demokratie stärken, das seit 1. September 2024 mit Fokus auf gesellschaftspolitisches Engagement und demokratische Teilhabe dauerhaft im ZGV fortgeführt wird.



von: Matthias Blöser, Projekt Demokratie stärken
➔ m.bloeser@zgv.info

Demokratische Kultur in der Gesellschaft stärken – gegen Rechts-extremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, lautete der Projektauftrag von September 2017 bis August 2024. Seit den Correctiv-Berichten im Januar 2024 zum „Geheimplan gegen Deutschland“, dem Treffen in Potsdam, auf dem die Vertreibung von Millionen Menschen mit internationaler Geschichte Thema war, ist viel demokratisches Engagement intensiviert worden und auch neu entstanden. Nach den Großdemonstrationen und angesichts der Weltlage und der wachsenden An-

griffe auf Demokratie, Frieden, Menschenrechte und Rechtsstaat bleibt die Frage, wie Demokratie und Menschenwürde nachhaltig gestärkt werden können.

Projekterfahrungen

Das Projekt Demokratie stärken entstand vor dem Hintergrund der Debatten um die Fluchtbewegungen im Jahr 2015, die viele Gemeinden durch ihr Engagement für Geflüchtete direkt betraf. Es wurde deutlich, dass in der Flüchtlingsarbeit oder für Demokratie und Menschenwürde aktive Gemeinden fachliche Unterstüt-

zung benötigten. Auseinandersetzungen um Demokratie und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nahmen mit dem Aufstieg rechtspopulistischer und extrem rechter Kräfte wie der AfD auch in unserem Kirchengebiet zu. Herausfordernd war ein Konflikt mit einer AfD-Politikerin, die Mitglied in einem Kirchenvorstand war. Letztlich ist aus der intensiven Auseinandersetzung die von der Kirchenleitung im Januar 2019 herausgegebene „Orientierungshilfe zum Umgang mit Rechtspopulismus im Kirchenvorstand“ entstanden. Diese gibt bis heute gute Orientierung.

Hilfreiche Angebote

Die Herausforderungen werden allerdings nicht kleiner, sondern wandeln sich. Dies zeigt beispielsweise die Gefahr durch Verschwörungserzählungen und Desinformation, der wir mit zahlreichen Angeboten begegnen wie der Broschüre zu Verschwörungsideologien (siehe Streiflicht). Weitere Projektangebote und Veranstaltungen thematisierten den Umgang mit Kontroversität, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dabei sind zwei innovative Angebote fester Bestandteil der Demokratietarbeit im ZGV geworden: Die Diskussionsreihe „Humor ist ... Politische Satire aus der Anstalt in die Akademie“ und die #HopeSpeech-Workshops, die Hassrede mit Hoffnungsrede begegnen. Durch kreative Umgestaltung einer Kommentarspalte erfahren die Teilnehmenden ganz praktisch, wie sie sich für ihre Werte und für von Diskriminierung Betroffene einsetzen können.

Blick nach vorne

Angesichts wachsender antidemokratischer und menschenverachtender Tendenzen sowie vieler Krisen stellt sich die Frage, wie diese demokratisch, effektiv und partizipativ bearbeitet werden können. Demokratie beruht auf Verantwortung und Vertrauen. Sie wird lebendig durch gleichberechtigte Teilhabe und kontroverses Ringen um Positionen und Lösungen ohne Abwertung benachteiligter Gruppen und politischer Gegner*innen. Dabei ist es nötig, die Auswirkungen politischer Debatten und Entscheidungen

auf die Lebensbedingungen aller Menschen in den Blick zu nehmen und dabei keine Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Wenn Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, dass ihre realen Probleme von schwindender Kaufkraft über mangelnde Infrastruktur bis zur Klimakrise und zur Friedensgefährdung adressiert werden, kann ihr Vertrauen in die Demokratie wieder wachsen. Konflikte sollten nicht gescheut werden, sondern als unvermeidlich und als Motor für Entwicklung wahrgenommen werden. Dafür müssen diese auf Basis gemeinsamer Werte respektvoll und konstruktiv gelöst werden.

Tatsächlich werden derzeit leider Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt, oft verbunden mit Schuldzuweisungen und Vorurteilen, Ressentiments werden bewusst geschürt und die Debatte vergiftet. Kirche kann der weit verbreiteten Unbarmherzigkeit und Härte mit der Frohen Botschaft und einsatzstarker Zuversicht so begegnen, dass es guten Grund zur Hoffnung gibt. Aus der Kraft des Evangeliums können wir uns an der Seite bedrängter und ungehörter Menschen intensiver für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung einsetzen und damit auch Demokratie stärken. Die christliche Botschaft kann Identität, Halt und Gestaltungskraft geben. Verankert im Glauben können Christ*innen sich aktiv, kritisch und streitbar für Demokratie und Menschenrechte einsetzen – im persönlichen Umfeld, am



Arbeitsplatz und in gesellschaftlichen Debatten.

Um den Herausforderungen im Themenfeld adäquat begegnen zu können, hat die Synode der EKHN beschlossen, die Arbeit für demokratische Teilhabe dauerhaft fortzuführen. Das ist ein starkes Zeichen an Engagierte in Kirche und Gesellschaft. Wir lassen an den Rand gedrängte Menschen, die von einer Rhetorik und Politik des Niedergangs und der Niedertracht bedroht werden, nicht allein, sondern stellen uns an ihre Seite und setzen uns für ein menschenwürdiges, gerechtes und demokratisches Gemeinwesen ein. Ein Schwerpunkt wird auf der kirchlichen Unterstützung gesellschaftspolitischen Engagements und demokra-

tischer Teilhabe junger Erwachsener und Familien liegen. Diese Zielgruppe soll besser mit ihren Anliegen in der Kirche Platz finden und aktiv werden können. Die Demokratiearbeit der EKHN kann dafür an viele Erfahrungen und Netzwerke anknüpfen und zugleich neue Wege gehen. Wir haben große Aufgaben vor uns. Diese gehen wir mit Entschlossenheit an. ■



INFORMATIONEN ZUM THEMA

Broschüre Verschwörungsideologien:

➔ www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2024_09_10_Verschwoerungsideologien.pdf

Interview:

➔ www.zgv.info/demokratie-staerken/artikel-einzelansicht/1138-aufstehen-gegen-rechts-extremismus-nie-wieder-ist-jetzt

Resolution:

➔ www.zgv.info/demokratie-staerken/artikel-einzelansicht/1137-ekhn-wir-stehen-ein-fuer-ein-leben-in-vielfalt-und-frieden

Predigt zu „Israel kann in Sicherheit wohnen“ (Jer 23, 6) wohnen:

➔ www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2023_11_22_Predigt_Bloeser_Freiheit_Sicherheit.pdf

Orientierungshilfe zum Umgang mit Rechtspopulismus im KV:

➔ www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2023_12_13_Orientierungshilfe_Rechtspopulismus_Kirchenvorstaende_EKHN.pdf

EKHN-Projekt Demokratie:

➔ www.zgv.info/demokratie-staerken

Ohne jegliche Scham und voller Stolz. Ein Bericht über Aktionen gegen den Rechtsruck im Evangelischen Dekanat Hochtaunus

Vielleicht ist es unklug, einen Bericht über das Engagement gegen den wachsenden Rechtspopulismus und -extremismus mit einer ernüchternden Einschätzung zu beginnen. Doch so viel Ehrlichkeit muss sein: Die Hoffnung, die zu Beginn des Jahres aufkeimte, als nach den Correctiv-Recherchen zum Remigrationstreffen Tausende auf die Straßen gingen und wir dachten, dies könnte das Ende des Aufstiegs der AfD und ähnlicher Gruppen einläuten, – diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erwiesen. Nicht nur die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, sondern auch die Art und Weise, wie inzwischen fast alle Parteien über Migration sprechen, dürfte die AfD das Jahr 2024 als äußerst erfolgreiches verbuchen lassen.



von: Dr. Tobias Krohmer, Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung, Ev. Dekanat Hochtaunus



Demonstration im Februar 2024 in Bad Homburg – maßgeblich getragen von den großen Religionsgemeinschaften der Kurstadt (Foto: Jörg Marwitz)

Lohnt es sich also nicht, über Aktivitäten gegen den Rechtsruck zu sprechen? Sollten diese lieber verschämt verschwiegen werden, weil sie nicht zum erhofften Ergebnis geführt haben? Meine Antwort darauf ist eindeutig: Nein! Nein, es lohnt sich in jedem Fall, über diese Aktivitäten zu sprechen. Es besteht ganz sicher auch kein Grund, sie verschämt zu übergehen. Denn alles, was in dieser Richtung dieses Jahr geschehen ist, zeigt, dass wer die gesellschaftliche Entwicklung mit Sorge betrachtet, sicher nicht alleine damit ist. Diese Aktivitäten erinnern uns vielmehr: Viele Menschen teilen die Besorgnis und sind bereit, sich der Entwicklung entgegenzustemmen.

Von zwei Aktionen, die bei uns im Dekanat Hochtaunus stattfanden und an denen ich beteiligt war, möchte ich daher

berichten. Und das eben auch mit einer Haltung, die alles andere als beschämt ist. Mit einer Haltung, die uns Christenmenschen leider auch oft schwerfällt. Ich will mit Stolz davon berichten. Denn wer sich nicht damit abfinden möchte, wie die Dinge gerade politisch laufen, und sich dagegen engagiert, verdient, auf dieses Engagement stolz zu sein.

Die erste Aktion war eine der vielen Demos, die nach dem Correctiv-Bericht stattfand. Es war nicht die erste und wohl auch nicht die größte dieser Kundgebungen im Hochtaunus, doch es war eine von Bedeutung. Die erste Demonstration dieser Art fand schon Ende Januar in Oberursel statt und sie war vermutlich auch die größte. Mitorganisiert hatte sie eine unserer örtlichen Kirchengemeinden;

deren Pfarrer, Jan Spangenberg, auch auf ihr sprach. Ich selbst war nur als einfacher Teilnehmer dabei.

Die Demo, von der ich ausführlich erzählen möchte, ist dagegen eine, an deren Organisation ich selbst aktiv beteiligt war und bei der ich auch als Versammlungsleiter fungierte. Sie fand an einem Freitagnachmittag im Februar in Bad Homburg statt, auf Initiative der katholischen Kirchengemeinde, und wurde vom Kreis und der Stadt ausdrücklich und praktisch unterstützt. Zusammen mit dem Pfarrer der katholischen Gemeinde St. Marien in Bad Homburg, Werner Meuer, übernahm ich die Verantwortung für die Anmeldung und die konkrete Durchführung.

Das Besondere war, dass die Demonstration maßgeblich von den großen Religionsgemeinschaften der Kurstadt



Menschenkette, die im September 2024 von ca. 500 Menschen zwischen Neu-Anspach und Wehrheim gebildet wurde (Foto: Florian Ernst, Peter Schygulla und Paul Winkler)

getragen wurde. Bei der Abschlusskundgebung sprachen neben dem Oberbürgermeister von Bad Homburg, Alexander Hetjes, daher nur Vertreter*innen der katholischen, evangelischen, jüdischen und muslimischen Gemeinden. Die Beteiligung des jüdischen Zentrums in Bad Homburg – eine eigenständige Gemeinde gibt es nicht, das Zentrum ist Teil der Frankfurter Einheitsgemeinde – wurde zudem als besonders wichtig erachtet. Die Kundgebung wurde zeitlich bewusst so geplant, dass sie nicht mit dem Beginn des Schabbats kollidierte.

Alle zeigten sich entschlossen und bereit, die Vielfalt der hier lebenden Menschen und die Würde aller zu verteidigen. Das war ein starkes Zeichen, das weit über die Kurstadt und die Grenzen des Landkreises hinaus wahrgenommen wurde. Denn die Hessenschau berichtete live von der Kundgebung, die an diesem Tag die größte in Hessen war. Weit mehr als 1.000 Personen nahmen daran teil.

Die zweite Aktion, um die es in diesem Bericht gehen soll, hatte einen längeren Vorlauf. Dabei handelte es sich um eine Menschenkette, die im ländlichen Teil unseres Dekanats, im Usinger Land, an einem Wochenende Ende September von ca. 500 Menschen zwischen Neu-Anspach und Wehrheim gebildet wurde. Die Kette sollte symbolisch darstellen: Wir treten zusammen ein für die grundlegenden Werte unseres Grundgesetzes. Desse 75-jähriges Jubiläum im Jahr 2024 war nämlich der Bezugspunkt der Aktion. Entsprechend war auch das Motto: „Wir stehen zusammen für Demokratie und Menschenwürde“. Mit diesem wurden die beiden Prinzipien gewürdigt, die im Artikel 1 (Menschenwürde) und Artikel 20 (Demokratie) des Grundgesetzes garantiert werden und die durch die sogenannte Ewigkeitsklausel des Artikel 79 besonderen Schutz genießen.

Die Aktion ging auf das gemeinsame Anliegen zweier unserer Kirchengemein-

den in der Region zurück, gegen die politische Entwicklung nach rechts aktiv zu werden. Diese Gemeinden – Anspach und Wehrheim – gehören zu einem der zwei kürzlich geschaffenen Nachbarschaftsräume im Usinger Land. Die Aktion bot die Chance, den Nachbarschaftsraum als Gemeinschaft zu stärken und mit Leben zu füllen. Die Idee für die Menschenkette war schnell gefasst. Zunächst noch in einer größer dimensionierten Form und zu einem früheren Zeitpunkt. Das erwies sich aber als nicht umsetzbar. Nach ein paar Schleifen war dann klar, dass wir Mitstreitende bei der Organisation bräuchten. Diese in der Region zu finden, fiel allerdings nicht schwer. Zahlreiche Unterstützer*innen aus der örtlichen Zivilgesellschaft sowie aus der Lokalpolitik beteiligten sich gern. Auch die neu ins Amt gewählte Kreisbeigeordnete und Sozialdezernentin des Hochtaunuskreises konnte als Schirmherrin gewonnen werden.



Auf diese Weise war die Aktion nicht nur ein mustergültiges Beispiel dafür, wie ein Nachbarschaftsraum durch gemeinschaftliches Handeln zu mehr wird als zu einer Verwaltungseinheit, nämlich zu einer lebendigen Gemeinschaft. Die Aktion zeigt auch, dass das am besten gelingt, wo über den kirchlichen Tellerrand hinausgeschaut und mit anderen Akteuren im Sozialraum für diesen kooperiert wird. Hier war tätiges Christentum in der Welt mit der Welt für die Welt am Werk. Daran mitgewirkt zu haben, macht mich wirklich stolz. ■

Die „Woche der Arbeit“ in Herborn. Vergangenheit und Gegenwart

Seit über 20 Jahren gibt es in Herborn die „Woche der Arbeit“, eine Veranstaltungsreihe rund um den 1. Mai, den Tag der Arbeit, die von Gewerkschaften (IG Metall, GEW und ver.di), der

Evangelischen und der Katholischen Kirche, der Diakonie, der AWO, dem Johanneum-Gymnasium Herborn und der Stadt Herborn gemeinsam organisiert wird.



von: Dr. Uwe Seibert, Fachstelle Gesellschaftliche Verantwortung, Ev. Dekanat an der Dill



Entstanden ist die „Woche der Arbeit“ und das dazugehörige Bündnis aus Anlass der angekündigten Schließung des Traditionsunternehmens Juno/ Electrolux in Herborn-Burg im Jahr 2002, dem damit verbundenen hundertfachen Arbeitsplatzverlust und dem Kampf um den Erhalt der „Burger Hütte“, an dem sich die ganze Region beteiligte. Pfarrer Peter Janowski, zu dieser Zeit Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Herborn, regte damals eine gemeinsame Aktionswoche an, die seitdem jährlich stattfindet und den Menschen eine Plattform bietet, um sich mit den

Herausforderungen von Arbeit und Leben in der Region auseinanderzusetzen.

Die „Woche der Arbeit“ bietet ein breites Spektrum an Aktivitäten: eine Kunstausstellung, Vortragsveranstaltungen mit anschließendem Gespräch, einen Kabarettabend, einen ökumenischen Gottesdienst, eine große Kundgebung am 1. Mai mit einem anschließenden Familienfest auf dem Herborner Marktplatz und weitere Aktionen.

Das Motto „Menschen gehen vor“, das seit vielen Jahren über der Woche der Arbeit steht, macht deutlich, dass der

Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen sollte und gleichzeitig Menschen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gemeinsam eintreten müssen. Ansonsten wechseln die Themen von Jahr zu Jahr.

Die Zusammenarbeit der Bündnispartner hat sich im Laufe der Jahre intensiviert. So ist es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, dass Vertreter der Gewerkschaften und der Kirchen bei verschiedenen Veranstaltungen miteinander agieren, sei es im Gottesdienst oder bei der Maikundgebung. Ein Vertreter der



1.-Mai-Kundgebungen in Herborn im Rahmen der Woche der Arbeit



Gewerkschaft gibt beim ökumenischen Gottesdienst jedes Mal einen „weltlichen Einwurf“ und in den letzten Jahren haben auch ab und zu Kirchenvertreter bei der Kundgebung am 1. Mai gesprochen.

Der ökumenische Gottesdienst findet entweder am Sonntag vor dem 1. Mai in einer der Kirchen in unserer Region statt, oder – wenn der 1. Mai auf einen Sonntag fällt – auf dem Herborner Marktplatz.

Die Vorträge beschäftigen sich mit aktuellen politischen Themen: gerechte Löhne, Familie, Rente, Globalisierung, Europa, Solidarität mit Flüchtlingen und verfolgten Gewerkschaftlern und anderes mehr. Auch beim Kabarettabend geht es um politische Themen, eingeladen werden dazu bekannte Kabarettgruppen und Kabarettisten wie die Leipziger Pfeffermühle oder René Sydow.

Die Kunstausstellung wird von Lehrkräften des Leistungskurses Kunst des Johanneum-Gymnasiums Herborn organisiert. Schülerinnen und Schülern gestalten Bilder und andere Kunstwerke zu Themen aus der Arbeitswelt, die dann zwei Wochen lang in der Stadt zu sehen sind. In den ersten Jahren wurden sie im Foyer des Herborner Rathauses ausgestellt, seit ein paar Jahren in Schaufenstern in der Herborner Innenstadt.

Seit 2022 endet die Woche der Arbeit mit der Aktion „Ku(nst) Walk 'n' Talk“. Dabei gehen wir gemeinsam mit den Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern durch die Herborner Innenstadt zu den ausgestellten Bildern und sprechen mit ihnen darüber.

Der Höhepunkt der Woche der Arbeit ist die zentrale Kundgebung am Mai-

feiertag, bei der neben Redebeiträgen und Grußworten von Lokalpolitikern und lokalen Gewerkschaftsvertretern immer auch prominente Rednerinnen und Redner zu aktuellen Themen sprechen. In den letzten Jahren waren dies meist Vertreter der Gewerkschaften, der SPD und der EKHN.

Vor der Kundgebung am 1. Mai ziehen die teilnehmenden Gewerkschaften in einem bunten und lauten Demonstrationzug durch die Stadt. Nach der Kundgebung folgt ein Familienfest mit Livemusik einer heimischen Cover-Band, Kinderunterhaltung und Getränke- und Essensständen. Außerdem findet man Infostände von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Die „Coronajahre“ hatten auch Auswirkungen auf die „Woche der Arbeit“: 2020 musste sie aufgrund des Lockdowns ganz ausfallen. 2021 gab es zumindest eine digitale Vortragsveranstaltung.

Am 1. Mai 2021 sollte eigentlich in Dillenburg eine Kundgebung gegen Rechtsextremismus stattfinden, nachdem die NPD dort eine Kundgebung angekündigt hatte. Wir hatten dafür schon die Genehmigungen eingeholt und Plakate aufgehängt, doch angesichts der Pandemiesituation im Lahn-Dill-Kreis musste diese Veranstaltung leider ausfallen – die NPD hatte ihre Kundgebung mittlerweile aber auch abgesagt.

Stattdessen wurde am 1. Mai abends mit einem lichtstarken Beamer der Text „Dillenburg – Orange statt braun!“ an den Dillenburg Wilhelmsturm projiziert – in Anlehnung an die Geschichte der Stadt, die als Oranienstadt bekannt ist und die

Farben Orange und Blau in ihrem Stadtwappen führt. Als Ersatz für die ausgefallene Kundgebung gab es im Hofgarten in Dillenburg anlässlich des Antikriegstags am 1. September eine öffentliche Veranstaltung mit Livemusik und Redebeiträgen.

Ab 2022 war es dann wieder möglich, die Woche der Arbeit in der gewohnten Form durchzuführen.

Den 1. Mai 2023 haben wir in nicht so guter Erinnerung. Damals war Nancy Faeser, Bundesministerin des Inneren und Vorsitzende der SPD Hessen, die Hauptrednerin bei der Kundgebung. Leider gab es dabei lautstarke Störversuche von Anhängern der NPD, AfD und Querdenken.

2024 fand die Kundgebung am 1. Mai im Herborner Stadtpark statt, was den Vorteil hatte, dass man alle Teile der Veranstaltung an einem Ort zusammen hatte und bei Störungen die Störer des Platzes hätte verweisen können. Weil es an diesem Tag sehr heiß war, war es auch gut, an einem Ort mit vielen Bäumen und Schatten zu sein.

In den letzten Jahren haben an der Veranstaltung zum 1. Mai immer einige Hundert Menschen teilgenommen und auch die Kabarettabende, Vorträge und ökumenischen Gottesdienste waren immer gut besucht. Die „Woche der Arbeit“ in Herborn hat eine lange Geschichte und ist in unserer Region eine feste Einrichtung geworden, die wir als Evangelisches Dekanat gerne weiter mit organisieren und unterstützen. ■

➔ www.ev-dill.de

Fachtag „Faire Kita“. Viele Workshops und ein Markt der Möglichkeiten



Am 30. April 2024 fand im Sitzungssaal des Kreishauses in Dietzenbach zum zweiten Mal ein „Fachtag Faire Kita“ statt. Veranstaltet wurde er vom Kreis Offenbach, dem Ev. Dekanat Dreieich-Rodgau und dem Rhein-Main-Fair e. V. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Gelegenheit, sich über die Themen Fairer Handel und Nachhaltigkeit vertieft zu informieren.

von: Pfarrerin Sandra Scholz, Profilstelle Gesellschaftliche Verantwortung, Ev. Dekanat Dreieich-Rodgau



Die Veranstalter des Fachtags. Dritter von rechts: Dekan Steffen Held, Ev. Dekanat Dreieich-Rodgau



Die Teams der Kitas im Evangelischen Dekanat Dreieich-Rodgau nutzen dieses Angebot, um Nachhaltigkeit auf allen Ebenen des Kitaalltags durchzubuchstabieren. In Workshops zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, zu Fairer Beschaffung, Upcycling, Ernährung oder Energiesparen erhielten die Pädagoginnen und Pädagogen wertvolle Tipps und Anregungen, die sie gemeinsam mit den Kindern vor Ort umsetzen können und bei diesen damit langfristig ein ökologisches und soziales Bewusstsein schaffen.

Der Kooperationspartner des Fachtags Rhein-Main-Fair e. V. informierte über das Programm der Zertifizierung der eigenen Kindertagesstätte als „Faire KITA“. Dafür müssen verschiedene Kriterien erfüllt werden und die Zertifizierung gilt für drei Jahre. Seit gut 10 Jahren gibt es diese Möglichkeit schon. Und sie wurde ins Leben gerufen, um Kitas zu fördern, die sich für Fairness, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit einsetzen. Mit den „Wilden Zwergen“ gibt es bereits eine Faire Kita in privater Trägerschaft im Kreis Offenbach. Und vielleicht gibt es ja bald auch eine zertifizierte Kita in evangelischer Trägerschaft. Die Rückmeldung der Teams zum Programm Faire KITA war positiv. Sie sehen in ihrer Arbeit ohnehin das Grundprinzip der Fairness, und der Gedanke des Fairen Handels sei nur noch ein kleiner Baustein mehr. ■

INFORMATIONEN ZUM THEMA

Weitere Informationen zum Programm Faire KITA erhält man unter
www.rheinmainfair.org/uebersicht-schwerpunkte/faire-kita/
 oder bei der Projektstelle „Faire KITA“ bei Rhein.Main.Fair.e. V.

Evangelische Kirchen kritisieren Änderung des hessischen Ladenöffnungsgesetzes

Im Juli 2024 hat das hessische Landesparlament eine Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes beschlossen, durch das automatisierte Supermärkte auch an Sonn- und Feiertagen öffnen dürfen. Diese Änderung erfolgte als Reaktion auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Kassel, das diese Minimärkte mit den üblichen Märkten gleichsetzte und deren Sonntagsöffnung untersagt hatte.

Die evangelischen Kirchen in Hessen hatten im Zuge des Anhörungsverfahrens grundlegende Vorbehalte gegenüber der Verfassungsgemäßheit der beabsichtigten Änderung geltend gemacht.

Auch in anderen Bundesländern sind ähnliche Gesetzesänderungen derzeit in der Diskussion oder bereits umgesetzt worden.

Gemeinsam mit dem Evangelischen Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt (KWA), der eine Vielzahl von landeskirch-

lichen Aktivitäten im Bereich Wirtschaft und Arbeitswelt koordiniert, spricht sich das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) gegen diese Aufweichungen des Sonntagschutzes aus, da sie dem verfassungsmäßigen Gebot einer klaren Unterscheidung von Werktagen und Sonn- und Feiertagen widerspricht. Diese Unterscheidung betrifft nach gefestigter Rechtsprechung nicht nur berufliche Tätigkeiten, die sich auf Werktage verschieben lassen, sondern auch private Aktivitäten, die typisch für Werktage sind, wie die Einkaufstätigkeit durch Privatpersonen. Der grundgesetzliche Schutz der Sonn- und Feiertage geht davon aus, dass es zur Alltagskompetenz der Bevölkerung gehört, durch vorausschauende Planung den Einschränkungen der Sonn- und Feiertage souverän zu begegnen und gerade dadurch die Freiheiten zu genießen, die die Sonn- und Feiertage

nur deshalb bieten können, weil sie eben keine Werktage sind. Wo neue Regelungen die Öffnung von automatisierten Minimärkten gesetzlich ermöglichen, sollten sie daher nach Auffassung des ZGV und des KWA rechtlich auf ihre Verfassungsgemäßheit überprüft werden.

Das ZGV war beteiligt an der Abfassung einer Stellungnahme des KWA, in welcher dieser die evangelischen Landeskirchen darum bittet, sich dieser Forderung anzuschließen und sich öffentlich für den Erhalt einer klaren Unterscheidbarkeit von Sonn- und Feiertagen von den Werktagen auszusprechen, denn: Ohne Sonntag gibt es nur noch Werktage. ■

Zur Stellungnahme:

➔ <https://kurzlinks.de/vthm>

Weitere Informationen:

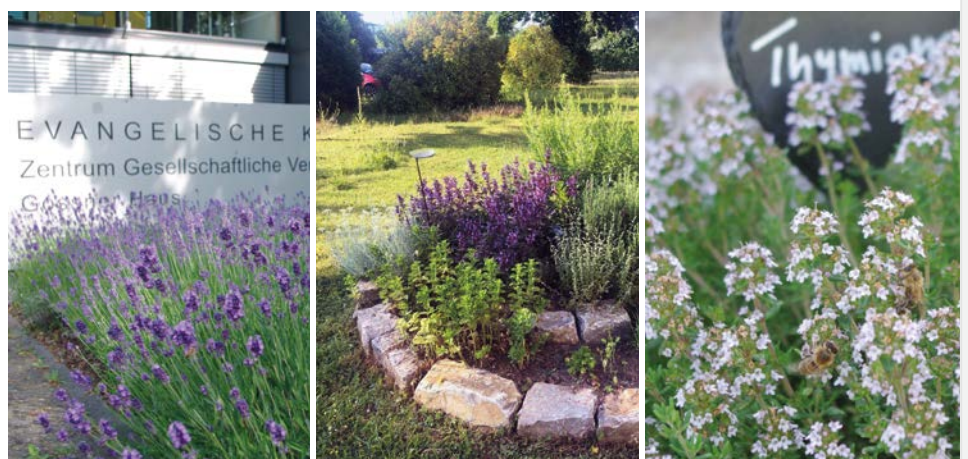
Pfarrer Dr. Ralf Stroh, Tel.: 06131 2874456

➔ ralf.stroh@ekhn.de

Geschafft – ZGV erfolgreich rezertifiziert!

Beim Umweltmanagement stand das Jahr 2024 im Zeichen der Re-Zertifizierung, die im Oktober erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Umweltteam hat nach vier Jahren Bilanz gezogen und analysiert, in welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen die Maßnahmen des ersten ZGV-Umweltprogramms umgesetzt werden konnten.

Viel verändert hat die Corona-Pandemie, in deren Folge sich neue Verhaltensweisen etabliert haben, die sich auch positiv auf die Umweltbilanz des ZGV auswirken. Die dienstliche Mobilität hat sich fast halbiert, der Anteil klimafreundlicher Verkehrsmittel konnte um zehn Prozent gesteigert werden. Der Papierverbrauch umfasst nur noch gut ein Drittel der Menge vor Einführung des Umweltmanagements. Der Wärmeverbrauch konnte um 16 Prozent und die CO₂-Emissionen konnten um 43 Prozent verringert werden. Inzwischen sind über 1.000 m² des Außengeländes naturnah gestaltet. Und



die Beschäftigten des ZGV arbeiten auch in ihrer fachlichen Arbeit mit großem Engagement an den Nachhaltigkeitsthemen.

Für die nächsten vier Jahre hat das Umweltteam im Austausch mit allen Kolleg*innen ein neues Umweltprogramm aufgestellt. Darin stehen die weitere Reduzierung der Treibhausgase sowie die Stärkung von Bildung und Kommunikation

im Fokus. Außerdem soll die biologische Vielfalt auf dem Gelände weiter gefördert werden. Im Zuge des Fusionsprozesses soll das Umweltmanagement ab 2025 zudem schrittweise auch am Standort Darmstadt eingeführt werden. Alle Ergebnisse und Pläne sind im aktuellen Umweltbericht nachzulesen, der auf der Webseite des ZGV veröffentlicht wurde. ■

Wertschätzung ist das Thema der Zukunft „Generationen im Dialog: Brücken bauen statt Mauern errichten“



Bereits seit mehreren Jahren findet im Herbst auf Einladung der Sektion Wetterau des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) in der evangelischen Kirche Dorheim ein wirtschaftsethisches Podium statt, an dem auch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) beteiligt ist. Im Herbst 2024 widmete sich die Veranstaltung

dem Miteinander der Generationen in der Lebenswirklichkeit mittelständischer Unternehmen. Was wünschen sich junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um Generationen im Dialog zu halten und neuen Lebensmodellen in den Unternehmen Raum zur Entfaltung zu ermöglichen?

Neben Gemeindepfarrer Hilmar Gronau, Unternehmensberater Ralf Juhre und Theologe Dr. Ralf Stroh (ZGV) öffneten in der von Malu Schäfer (BVMW) moderierten Runde die Beiträge der jungen Auszubildenden und des Jugendleiters der Ahmadiyya-Gemeinde Friedberg das Gespräch für die Perspektive der jüngeren Generation.

Wie lassen sich junge Menschen für ein Unternehmen begeistern? Wertschätzung ist das Thema der Zukunft, kristallisierte sich im Laufe der Diskussion heraus. „Wertschätzung ist ein Grundbedürfnis. Das brauchen wir alle. Wo sie fehlt, macht es uns krank“, so Pfarrer Hilmar Gronau.

Dabei ist Wertschätzung keine Einbahnstraße. Alle Generationen haben sie nötig, weshalb sich die Runde auch einig war, dass Jung und Alt gegenseitig voneinander lernen können – weit über die unmittelbar beruflichen und fachlichen Belange hinaus.

Klingt banal – aber oft sind es gerade die kleinen Dinge, die das Zusammenleben wertvoll machen und tragen. ■

Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Hessen

Im Juni 2024 brach in Südhessen zum ersten Mal die Afrikanische Schweinepest (ASP) aus. ASP ist zum Glück für den Menschen ungefährlich. Vermutlich wurde der ASP-Ausbruch durch unbedacht weggeworfene Lebensmittel aus Osteuropa ausgelöst. Wildschweine fraßen die ASP-kontaminierten Lebensmittel und infizierten sich so.

Bei einem ASP-Ausbruch erfolgen zum Schutz der landwirtschaftlichen Hauschweinbestände sehr schnell gravierende staatliche Schutzmaßnahmen. Es wurden Sperrzonen eingerichtet, die sich dynamisch weiter ausdehnten bis nach Rheinland-Pfalz. In mehreren Regionen wurden bis zu 50 km lange mobile Zäune errichtet zwecks Einhegung der Mobilität der Wildschweine. Per Drohnen und Spürhunden wurde nach Wildschweinkadavern



gesucht. Ein gesetzliches Wegegebot, Leinenpflicht für Hunde, Einschränkungen für Freizeitnutzer in Wald und Feld wurden eingeführt.

Leider war bei acht landwirtschaftlichen Betrieben die „Keulung“ der Hauschweinbestände aufgrund von ASP-Infektionen notwendig. Das ZGV hat daraufhin ein psychosoziales Unterstützungsangebot für die Schweinehalter aktiviert. Die „Ländliche Familienberatung“ sowie das Notfallseelsorgesystem der EKKW und EKHN wurden über ASP informiert. Das ZGV vermittelte auch medial verschiedene Hinweise zu den hohen psychischen und finanziellen Belastungen der von „Keulungen“ betroffenen Landwirte, was auf konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Hessischen Bauernverband fußte. ■

Übergabe der Erntekrone an Bundespräsident Steinmeier im hessischen Kelkheim

Am 6. Oktober 2024 wurde im Rahmen eines ökumenischen Erntedankgottesdienstes die Erntekrone an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier übergeben. Die Dialogpredigt hielten EKHN-Kirchenpräsident Dr. Volker Jung und der Generalvikar des Bistums Limburg, Dr. Wolfgang Pax. Landwirtschaftsminister Ingmar Jung sowie der Justizminister Christian Heinz vertraten die Hessische Landesregierung.

Vierzehn Landfrauen des Bezirksverbands Frankfurt-Main-Taunus hatten eine metergroße Erntekrone aus Getreideähren geflochten. Die Erntekrone wurde nach ihrer Segnung nach Berlin ins Schloss Bellevue transportiert. Erntekronen gehören mit zum traditionellen kirchlichen und bäuerlichen Brauchtum. Steinmeier dankte den Landwirten für ihre wichtige und schwere Arbeit. Unter anderem waren der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied,



sowie der Präsident des Hessischen Bauernverbandes, Karsten Schmal, vor Ort vertreten.

Außerdem würdigte Steinmeier die Landfrauenverbände sowie die Kirchen für ihren unermüdlichen Einsatz für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und de-

mokratische Kultur in ländlichen Räumen. Beim Rundgang über den Bauernmarkt besuchte Steinmeier auch den gemeinsamen Stand des ZGVs und der Ländlichen Familienberatung. Insgesamt nahm sich Steinmeier sehr viel Zeit für Bürgergespräche. ■

KI-Werkstatt für Pädagogik

Welche Einsatzmöglichkeiten von KI gibt es in der Jugend- und Bildungsarbeit? Wie können gesellschaftspolitische Themen, wie z. B. Deepfakes und Desinformation, in die aktive Medienarbeit einfließen? Wo liegen Vorteile und wo (ethische) Grenzen? Hierzu veranstaltete das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung Mitte April 2024 in Zusammenarbeit mit dem Präventiven Jugendschutz des Landkreises Gießen die „KI-Werkstatt für Pädagogik“.



Neben einer theoretischen Einführung über den Einfluss von Algorithmen im Lebensalltag junger Nutzer*innen stand das gemeinsame Ausprobieren diverser KI-Anwendungen im Fokus. Die Teilnehmenden experimentierten mit verschiedenen Zielformulierungen an die KI,

sogenannten Prompts, und diskutierten das Potenzial der verschiedenen Anwendungen für die eigene Bildungsarbeit.

Von der Text- und Bildgenerierung bis hin zur Musikkomposition bot die Werkstatt Raum für kreatives Experimen-

tieren. Insbesondere die Anwendung von ChatGPT zur Erstellung eines Drehbuchs für ein Hörspiel stieß auf großes Interesse.

Die praxisorientierte Veranstaltung regte ebenso zu einer vertieften Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen wie Deepfakes und Desinformation, möglichem Arbeitsplatzverlust (beispielsweise der Eltern der Jugendlichen) oder Diskriminierung durch KI an. In der aktiven Medienarbeit können

sich Jugendliche mit gesellschaftlich relevanten Themen auseinandersetzen und ihre eigenen Positionen hierzu entwickeln. ■

➔ <https://kurziinks.de/dw69>

Jahresnetzwerktagung Gemeinwesendiakonie 2024 „Mit starker Stimme sprechen: Wie wollen wir als Kirche und Diakonie im Gemeinwesen wirken?“

Mehr als 40 haupt- und ehrenamtlich Aktive aus dem Netzwerk Gemeinwesendiakonie und Quartiersarbeit in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland debattierten am 27. August 2024 im ZGV in Mainz darüber, wie Kirche und Diakonie im Gemeinwesen wirken können. Neben Strukturen und Formaten erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen Kirche und Diakonie im Quartier war ein wichtiges Thema, wie wir uns in der aktuellen Situation wahrnehmbar für Demokratie vor Ort einsetzen können. Dabei wurde deutlich, dass Kirche und Diakonie an vielen Orten eine starke Stimme haben, um für Demokratie zu werben, ohne dabei eine Richtung vorzugeben. Gleich-



zeitig können sie den „Stimmlosen“ eine Stimme geben, um deren Bedürfnisse sichtbar zu machen. Dies sollte nicht nur in plakativen Aktionen erfolgen, sondern auch im gelebten Alltag kirchlich-diakonischer Quartiersarbeit.

Das Netzwerktreffen 2025 wird am 25. September im ZGV in Mainz stattfinden. Zusätzlich soll es nach dem Besuch des Begegnungszentrums „Mittendrin“ in Pirmasens im Frühjahr 2024 auch 2025 wieder einen Praxisaustausch in kirchlich-diakonischen Projekten vor Ort geben. Aktuelle Informationen zu den Netzwerkveranstaltungen finden Sie auf der Webseite des ZGV. ■



➔ www.kurzlinks.de/Netzwerk-GWD

Kommentar zu den Bauernprotesten Januar 2024



Der ZGV-Appell „Für eine faire Streitkultur!“ anlässlich der winterlichen Bauerndemonstrationen erhielt große öffentliche Resonanz. Traktor-Korsos blockierten zu dem Zeitpunkt viele Städte Deutschlands. Überwiegend handelte es sich da-

bei um angemeldete, friedliche, disziplinierte Demonstrationen gegen bestimmte agrarpolitische Sparpläne. Die Landwirtschaft bekam dafür hohe Sympathiebekundungen vonseiten der breiten Bevölkerung – trotz der stresssteigernden

Beeinträchtigungen im Berufsverkehr. Allerdings haben potenziell gewaltbereite Aktivist*innen an einigen Orten illegale Straßenblockaden durchgeführt. Vereinzelt kam es dadurch zu Unfällen mit Personenschäden. Teilweise wurden gezimmerte Galgen mit Puppen samt Farbassoziationen bezüglich der „Ampel-Regierung“ mitgeführt. Gewaltsymbole wie die Galgen lösten bei einigen Menschen Angst aus und wirkten einschüchternd. Zudem wurden einzelne Politiker persönlich bedroht. Hier wurden die geltenden demokratischen Spielregeln massiv verletzt.

Das ZGV forderte deshalb eine ganz klare Abgrenzung der Bauern zu Rechtsextremen. Diese versuchten, die Proteste für ihre eigenen demokratiefeindlichen Zwecke zu kapern. Die Gegenparole des etablierten Berufsstandes hieß folgerichtig „Landwirtschaft ist bunt – nicht braun“.

Für konstruktive Dialoge über die Zukunft der Landwirtschaft müssen faire Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die evangelischen Kirchen bieten hierfür ihr Fachwissen und ihre Moderationskompetenz an. ■

Am besten schmecken die Löcher im Brot. Eröffnung Aktion „5000 Brote“ in Oberursel-Bommersheim

Mit einem fröhlichen Familiengottesdienst in der Kreuzkirche Oberursel-Bommersheim eröffneten die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) am Sonntag, den 29.9.2024, die Spendenaktion „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“. Die Spenden für die Brote, die die Konfirmandinnen und Konfirmanden der Ev. Kreuzkirchengemeinde mit Bäcker Volker Müller aus Bommersheim am Vortag des Erntedankgottesdienstes gebacken hatten, kommen wie der Erlös der Aktion in allen teilnehmenden Gemeinden Jugendbildungsprojekten in Malawi, Vietnam und Paraguay zugute.

In ihrer Predigt griff die Stellvertretende Kirchenpräsidentin Pfarrerin Ulrike Scherf das Motto des Erntedankgottesdienstes auf. „Wir brauchen etwas Festes im Leben, eine gute Grundlage wie das Mehl im Brot. Und Schönes und Ideen entstehen da, wo Luft und Freiräume im Alltag sind, wie die Löcher im Brot.“



Die Idee für die Aktion „5000 Brote – Konfis backen Brot für die Welt“ entstand im Jahr 2012 in Kooperation der beiden evangelischen Landeskirchen in Hessen und des Bäckerinnungsverbands Hessen. Sie war so erfolgreich, dass sie mittlerweile von allen Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) durchgeführt wird und jährlich

stattfindet. Hauptaktionszeitraum ist immer zwischen Erntedank und erstem Advent. Der Ort des Eröffnungsgottesdienstes wechselt jährlich zwischen EKHN und EKKW und fand im Jahr 2023 auf dem Gebiet der EKKW statt. ■

➔ www.5000-brote.de

Nachhaltiger Konsum und globale Gerechtigkeit – die SDGs noch im Blick?



Am 1. Juli 2024 fand im Zentrum **Gesellschaftliche Verantwortung in Kooperation mit der Fachstelle Bildung/Gesellschaftliche Verantwortung des Evangelischen Dekanats Mainz die Fortbildungsver-**

anstaltung „Nachhaltiger Konsum und globale Gerechtigkeit – die SDGs noch im Blick?“ statt.

Sie richtete sich an Multiplikator*innen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Sozial- und Bildungsarbeit und setzte einen Schwerpunkt auf Praxisimpulse für die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Neben verschiedenen Wirkungsebenen von zukunftsgerechtem Handeln standen praktische und nah an den Lebenswelten von Jugendlichen orientierte

Beispiele im Fokus. Verdeutlicht wurde diese anhand eines Escape-Games zu menschenunwürdigen Abbau- und Produktionsbedingungen sowie umweltzerstörenden Praktiken in der Smartphone-Produktion und anhand der Vorstellung diverser Engagement-Möglichkeiten der Initiative Foodsharing. Einen besonderen Abschluss der Fortbildung bildete die Stadtrallye durch das nachhaltige Mainz „MeenzGlobal“. In Kleingruppen erkundeten die Fachkräfte über die App Actionbound nachhaltige Orte in Mainz, die den verschiedenen Zielen der Sustainable Development Goals (SDGs) zugeordnet sind, beispielsweise ein Bio-Gemeinschaftsgarten, der Mädchentreff oder ein inklusives Café in einem generationenübergreifenden Wohnprojekt. ■

EKHN-Kirchenpräsident Dr. Volker Jung besucht im Jahr 2024 vier Unternehmen im Kirchengebiet

In den letzten Jahren besuchte Kirchenpräsident Volker Jung regelmäßig Unternehmen und Einrichtungen. Besonders interessierte ihn dabei, was Menschen beschäftigt, die in Verantwortung stehen, welchen Herausforderungen sie sich stellen müssen und welche Lösungen sie finden. Im letzten Jahr war er zu Gast beim Gebäudetechnikspezialist Herbert Gruppe, bei der Weltraumorganisation ESA und bei der Biobäckerei biokaiser GmbH.

Ein intensives Gespräch über Wirtschaft und Nachhaltigkeit ergab sich beim Besuch der Firma Werner & Mertz in Mainz. Das Familienunternehmen Werner & Mertz produziert vorwiegend Wasch- und Reinigungsmittel und ist bekannt für seine Marke „Frosch“. Für die nachhaltige Firmenausrichtung erhielt der Inhaber Reinhard Schneider im Jahr 2019 den Deutschen Umweltpreis.

Überzeugt davon, dass ein Unternehmen heute in der Verantwortung steht, etwas zum Erhalt der Erde und der Lebensbedingungen auf ihr beizutragen, begann Schneider im Jahr 2000 damit, das Unternehmen nachhaltiger auszurichten. An-



v.l.n.r.: Reinhard Schneider, Geschäftsführer von Werner & Mertz, EKHN-Kirchenpräsident Volker Jung, Oberkirchenrat Christian Schwindt, Leiter des ZGV, Pfarrer Andreas Kloth, Dekan des Ev. Dekanats Mainz

getan von dem Gedanken der Kreislaufwirtschaft überlegte er, wie man dieses Prinzip in der Produktion und im Unternehmen insgesamt einführen kann.

In der Herstellung von Reinigungsmitteln wurden verschiedene Parameter festgelegt: Sie sollten biologisch abbaubar und möglichst aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden. Der Anteil der für die Reinigungsmittel benötigten Tenside aus Raps, Flachs, Sonnenblumen oder Oliven (2. und 3. Pressung) aus Eu-

ropa wird kontinuierlich erhöht, um Tenside aus Palmkernöl mehr und mehr zu ersetzen. Auf Erdölderivate wird verzichtet.

Für die Verpackungen setzt das Unternehmen auf Recycling von Plastik. Dieses stammt überwiegend aus dem Sammelsystem „Gelber Sack“, wird sortiert, aufbereitet und zu neuen Flaschen verarbeitet. Dadurch gelangen die Plastikabfälle nicht in die Umwelt und werden nicht mehr, was häufig vorkommt, mit hohem Energieaufwand verbrannt. ■

Workshop zur „Doppelten Wesentlichkeit“

Im Rahmen der Jahreskonferenz der Initiative für Nachhaltiges Wirtschaften des Landes Hessen kooperierte das ZGV mit dem Hessischen Handwerkstag und bot einen Workshop zur „Doppelten Wesentlichkeit“ an. Dahinter verbirgt sich ein Tool für die Identifizierung wesentlicher Nachhaltigkeitsthemen, das zu einem betriebsinternen Überblick inklusive Priorisierung und konkreter Maßnahmen verhelfen kann. Berücksichtigt werden die Auswirkungen des unternehmerischen Handelns auf Mensch und Umwelt (Inside-Out-Perspektive) und die finanziellen Auswirkungen (Outside-In-Perspektive), die aus dem eigenen Handeln entstehen können. Auswirkungen gelten dann als wesentlich, wenn sowohl eine besondere Schwere des Schadens als auch eine



Luise Henriette Seilberger (Handwerkstag) und Dr. Jennifer Achten-Gozdowski (ZGV)

hohe Eintrittswahrscheinlichkeit vorliegen. Luise Henriette Seilberger (Handwerkstag) und Dr. Jennifer Achten-Gozdowski (ZGV) erarbeiteten mit Unternehmen, welche konkreten Schritte kleinere Betriebe gehen können, die ein Nachhaltigkeitsreporting anstreben. Selbst wer mit seinem Unternehmen gesetzlich (noch) nicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung verpflichtet ist, sieht sich dennoch wachsenden Ansprüchen seitens seiner Stakeholder gegenüber. So fragen z. B. Banken bei Betrieben an, ob sie ein Nachhaltigkeitsmanagement haben – und dies kann deutlichen Einfluss auf die Kreditvergabe haben. Das Konzept der doppelten Wesentlichkeit stellt einen einfachen und handhabbaren ersten Schritt im betrieblichen Nachhaltigkeitsmanagement dar. ■

Bremen mal anders Studienreise zum Thema „Arbeit und Leben“

Der Stadtstaat Bremen/Bremerhaven steht vor großen Herausforderungen. Der 3. Lebenslagenbericht im Land Bremen zeigt dies deutlich: rund 29,1 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet (Stand: 2022). Die Arbeitslosenquote liegt bei 10 Prozent bzw. 14,1 Prozent (Jahr 2023, Bundesagentur für Arbeit 2024). Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren in Familien im SGB-II-Bezug liegt in Bremen bei 31,1 Prozent (Stand 2023). Eine besondere Bedeutung hat in Bremen auch das Thema Kinderarmut: Mehr als zwei von fünf Kindern sind von Kinderarmut betroffen.

Auch der Wohnungsmarkt ist anhaltend angespannt und wie überall in den Ballungsräumen steigen die Mieten. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Die Stadt begann hier allerdings schon frühzeitig, den Wohnungsbestand weiterzuentwickeln und soziale und ökologische Aspekte einzubeziehen.

Im Rahmen einer vom ZGV organisierten Studienreise zum Thema „Arbeit und Leben“ konnten sich Teilnehmende über die Wohnungssituation und soziale Lage der Stadt informieren. Es wurde nicht nur der „Bremer Punkt“ besucht, eine Siedlung aus der Nachkriegszeit, die altersfreundlich und -gerecht nachverdichtet



wird, sondern auch ein ehemaliges Bundeswehrhochhaus im Q45, das zu bezahlbarem Wohnraum umgebaut wird.

Ebenfalls stand ein Hintergrundgespräch mit dem Leiter der Politikberatung der Arbeitnehmerkammer Bremen, Dr. Tim Voss, auf dem Programm. Die Arbeitnehmerkammer bietet für die Beschäftigten konkrete Beratungsangebote, z. B. für Steuererklärungen oder Rechtsberatungen an. Sie berät Betriebsräte in Fragen des Arbeitsrechts. Ferner werden Untersuchungen in Auftrag gegeben, deren

Ergebnisse wieder in die Politik eingebracht werden, wie z. B. in Fragen des Fachkräftemangels, der Mobilität und des Wohnungsmarktes/der Mieten.

Im Ergebnis der Studienreise hat sich gezeigt, wie Herausforderungen der Transformation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt durch innovative Akteure und Zusammenarbeit gut bewältigt werden können. Auch Kirche ist dabei eine wichtige Partnerin, wie zum Beispiel die Aktivitäten der „Überseekirche“ in der neu entstehenden Überseestadt zeigen. ■



„Verschwörungsideologien“: Neuauflage

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN und das Zentrum Ökumene der EKHN und EKKW haben im September 2024 eine überarbeitete Neuauflage ihrer Broschüre „Verschwörungsideologien – Definitionen, Hintergründe, Praxistipps“ veröffentlicht. Die Handreichung bietet Definitionen und Begriffserklärungen rund um Verschwörungsideologien, Hintergründe zu Entstehung und Verbreitung von Verschwörungsnarrativen, praktische Tipps zum Umgang mit Verschwörungsideolog*innen, theologische Perspektiven auf das Phänomen sowie weiterführende In-

formationen und Beratungsangebote. Die Broschüre richtet sich an Haupt- und Ehrenamtliche in Kirche und Diakonie und an alle Interessierten. Sie soll helfen, das Phänomen besser zu verstehen und einen reflektierten Umgang damit zu finden. Sie steht zum Download bereit. Druckexemplare können beim Zentrum Ökumene und dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung bestellt werden. ■

➔ www.zgv.info/fileadmin/Daten/News_Downloads_2015/2024_09_10_Verschwoerungsideologien.pdf

Von Menschen und Krisen. Sommerlicher Abend für mittelständische Unternehmer*innen

Alle zwei Jahre lädt die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer zu einem sommerlichen Abend in das Dominikanerkloster Frankfurt ein.

Die fünfte Veranstaltung dieser Reihe stand unter dem Titel: „Kein Wind mehr in den Segeln? Vom Umgang mit Krisen in Kirche, Wirtschaft und Privatleben“.

„Heute Abend wollen wir gemeinsam darüber nachdenken und reden, was in Zeiten der Krise Kraft gibt, was uns nicht verzweifeln lässt und auf welche Kraftquellen wir jeweils zurückgreifen können“, begrüßte Dr. Volker Jung die Gäste des sommerlichen Abends.

In einem sehr persönlichen Auftaktimpuls entfaltete die ehemalige Leistungssportlerin Petra Behle ganz unterschiedliche Facetten des Umgangs mit

Krisen in Sport, beruflichem Alltag jenseits des Sports und Privatleben.

Im anschließenden Podiumsgespräch mit Petra Behle griffen Kirchenpräsident Dr. Jung, der die Runde moderierte, und Volker Schmidt-Skories, geschäftsführender Gesellschafter der Biobäckerei biokaiser GmbH, diese vielfältigen Aspekte des Themas ebenfalls mit zahlreichen biografischen Beispielen auf.

Ihr Gespräch machte anschaulich, wie eng persönliche Lebenswege und die Art, wie Menschen mit Krisen umgehen, miteinander verknüpft sind. Der anschließende gesellige Austausch zwischen den Gästen aus dem Mittelstand und den Gastgeberinnen und Gastgebern aus Dekanaten und Gesamtkirche im Innenhof des Dominikanerklosters konnte diese Fülle gut aufgreifen. ■



Rassismuskritische und postmigrantische Kirche werden



„Was bedeutet es, eine rassismuskritische und postmigrantische Kirche zu werden?“, fragten sich etwa 30 Teilnehmende vom 19. bis 22. September 2024 auf dem Himmelsfels bei Spangenberg.

Anlass war die fünfte „Dear White Church“-Tagung. Das bundesweite Netzwerk „Dear White Church“, zu Deutsch „Liebe weiße Kirche“, hat sich zusammenschlossen, um rassismuskritisch auf Kirche zu schauen. Ziel ist es, Engagierte mit und ohne Rassismuserfahrungen

zusammenzubringen und gemeinsam kirchliche Strukturen so zu verändern, dass tatsächlich alle Menschen unabhängig von Herkunft und Zuschreibungen in der Kirche willkommen sind.

Für dieses Anliegen bot der außergewöhnliche kirchliche Ort Himmelsfels mit seiner ökumenischen Lebens- und Lerngemeinschaft von Geschwistern mit und ohne internationaler Geschichte einen besonderen Raum für Austausch, Empowerment, Awareness und Strategieberatung. Thematisch ging es um Scham, Empowerment durch Musik, Tanz, Körper- und Stimmarbeit, unterschiedliche Formen von Rassismus und postmigrantische Perspektiven, die dank eines inspirierenden Vortrags von Sabina Jarosch, Assistentin für Interkulturelle Theologie in Neuendettelsau und Pfarrerin im Probendienst der Evangelischen Landeskirche in Bayern, erstmals in den Mittelpunkt rück-

ten. Zum ersten Mal gab es einen dritten Raum für Personen, die sich nicht als weiß oder als Person of Color identifizieren, sondern in manchen Kontexten weiß gelesen werden oder sich aufgrund ihrer Migrationserfahrung, Familiengeschichte oder religiösen, ethnischen oder anderen

Hintergründen nicht eindeutig einem der beiden anderen Räume zuordnen wollen.

Die diesjährige bundesweite Tagung wurde vom EKHN-Projekt Demokratie stärken im ZGV federführend organisiert. Die nächste Tagung wird vom 26. bis 28. September 2025 in Hannover stattfinden.

Wer Interesse an der Auseinandersetzung mit Rassismus in der Kirche vor Ort oder am „Dear White Church“-Netzwerk hat, kann sich bei Matthias Blöser, ZGV, melden. ■



- ➔ matthias.bloeser@ekhn.de
- ➔ www.himmelsfels.de
- ➔ www.rassismusundkirche.de

Personelle Veränderungen im ZGV



Im April 2024 wurde **Jonathan Scharf**, Klimaschutzreferent im Projekt „Verbraucherstärkung – Energiemanagement“ und Mitarbeiter im Referat Umwelt & Digitale Welt verabschiedet. Er übernahm eine Stelle im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat.



Im Sommer 2024 endete das Projekt „Demokratie stärken“, das von **Matthias Blöser** bearbeitet wurde. Ab September 2024 wird er als Fachreferent für demokratische Teilhabe besonders die Zielgruppen junge Erwachsenen und Familien beraten und vernetzen.



Lilo Roloff, Studentin im Master Lehramt für Philosophie/Ethik, Deutsch und Sozialkunde an der Johannes Gutenberg Universität Mainz, arbeitete als freiwillige Praktikantin vom 9. September bis 9. Oktober 2024 im Bereich Demokratie stärken.



Julia Unser arbeitete von Juli 2014 bis zu ihrem Ruhestand im Dezember 2024 als Sekretärin für die Referate Arbeit & Soziales und Stadtentwicklung.

NEUE MITGLIEDSCHAFTEN UND BEAUFTRAGUNGEN 2024

Hessisches Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende

Pfarrer Dr. Hubert Meisinger

Beirat der „Stiftung Dia Start“ der Diakonie Stiftung

Heike Miehe

Landesbeirat Kirche im ländlichen Raum des Referats Wirtschaft-Arbeit-Soziales der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck

Dr. Maren Heincke

Projektleitung „Umwelt und Wirtschaft“ des Deutschen Evangelischen Kirchentags 2025 in Hannover

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski

ADRESSEN

ZGV

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

www.zgv.info

LEITUNG



Pfarrer und Oberkirchenrat Christian Schwindt

Telefon: 06131 28744-41
christian.schwindt@ekhn.de

STELLVERTRETENDE LEITUNG



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski

Telefon: 06131 28744-44
jennifer.achten-gozdowski@ekhn.de

LEITUNGSASSISTENZ



Birgit Benhard

Telefon: 06131 28744-46
birgit.benhard@ekhn.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG



Angelina Dubs-Badinger

Telefon: 06131 28744-35
angelina.dubs-badinger@ekhn.de



Hanne Münch

Telefon: 06131 28744-35



Silke Bergmann

Telefon: 06131 28744-31
silke.bergmann@ekhn.de

RAUMVERMIETUNG & VERANSTALTUNGSBETREUUNG



Silvia Zerfaß

Telefon: 06131 28744-34
silvia.zerfass@ekhn.de



Maria da Silva

maria.dasilva@ekhn.de

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT



Margit Befurt

Telefon: 06131 28744-42
margit.befurt@ekhn.de



Sachbearbeitung:

Annette Schwinn

Telefon: 06131 28744-43
annette.schwinn@ekhn.de

SEKRETARIATE



Bianca Hahn

Telefon: 06131 28744-10
bianca.hahn@ekhn.de



Ulrike Reinhart

Telefon: 06131 28744-54
ulrike.reinhart@ekhn.de



Silke Bergmann

Telefon: 06131 28744-31
silke.bergmann@ekhn.de



Dorothee Becker

Telefon: 06131 28744-36
dorothee.becker@ekhn.de

WIRTSCHAFT & FINANZPOLITIK



Dr. Jennifer Achten-Gozdowski
Telefon: 06131 28744-44
jennifer.achten-gozdowski@ekhn.de



Pfarrer Dr. Ralf Stroh
Telefon: 06131 28744-56
ralf.stroh@ekhn.de

ARBEIT & SOZIALES



Heike Miehe
Telefon: 06131 28744-45
heike.miehe@ekhn.de



Dr. Julia Dinkel
Telefon: 06131 28744-55
julia.dinkel@ekhn.de

UMWELT & DIGITALE WELT



Pfarrer Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
hubert.meisinger@ekhn.de



Kathrin Saudhof
Klimaschutzmanagerin
Telefon: 06131 28744-52
kathrin.saudhof@ekhn.de



Cassandra Silk-Erb
Telefon: 06131 28744-38
cassandra.silk@ekhn.de



Lukas Spahlinger
Telefon: 06131 28744-59
lukas.spahlinger@ekhn.de

STADT- UND LANDENTWICKLUNG



Dr. Maren Heincke
Telefon: 06131 28744-47
maren.heincke@ekhn.de



Stefan Heinig
Telefon: 06131 28744-33
stefan.heinig@ekhn.de



Susanne Talmon
Telefon: 06131 28744-48
susanne.talmon@ekhn.de

JUGENDPOLITISCHE BILDUNG



Katharina Adams
Telefon: 06131 28744-49
katharina.adams@ekhn.de

DEMOKRATISCHE TEILHABE



Matthias Blöser
Telefon: 06131 28744-60
matthias.bloeser@ekhn.de

MITARBEIT IN EKD-GREMIEN

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD

Beauftragter für die Bundesallianz für den
freien Sonntag:
Pfarrer Dr. Ralf Stroh

Mitglied im Ausschuss Erwerbslosigkeit,
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:
Lukas Spahlinger

Mitglied im Ausschuss Arbeit und Technik:
Heike Miehe

Mitglied im Ausschuss Entwicklung in Europa:
Dr. Julia Dinkel

Vertretung der EKD beim Begleitausschuss zum nationalen GAP-Strategieplan

Dr. Maren Heincke
(GAP: Gemeinsame Agrarpolitik der EU)



IMPRESSUM

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung
der EKHN
Oberkirchenrat Pfarrer Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Straße 113–115
55128 Mainz

Redaktion:

Dr. Jennifer Achten-Gozdowski,
Margit Befurt, Christian Schwindt

Gestaltung:

Holger Giebeler,
magascreen.com

Korrektur:

Dr. Angelika Fallert-Müller

Druck:

Lautertal-Druck,
lautertal-druck.de

„Aus unserer Arbeit“ wird
auf Papier mit dem
Umweltsiegel „Blauer
Engel“ gedruckt

Auflage: 800

Bildnachweis mit Seitenangabe:

01/05: GoodPics, AdobeStock 300954521
01/09: mirkomedia, AdobeStock 36064448
01/12: by-studio, AdobeStock 243278458
max dallocco, AdobeStock 130242519
01/20: allexclusive, AdobeStock 338490409
01/26: Cookie Studio, AdobeStock 213379177
01/28: thauwald-pictures, AdobeStock 730345954
03/46: architektingruppe s+e+s / Thomas Ott
06/07: Nick Bakhur, AdobeStock 102653113
08 o.: nmann77, AdobeStock 617171588
08 u.: Avanne Troar, AdobeStock 40226946
10: bluedesign, AdobeStock 646002312
14: Rojahn (o.), M. Binding (u.l.), D. Eilers (u.r.)
15: H. Giebeler
17: K. Werner
18 l.: Юлия Бурмистрова, AdobeStock 1101314392
(Generiert mit KI)
18/19: H. Giebeler (Generiert mit KI)

21 o.: Countrypixel, AdobeStock 418597147
21 u.: Parilov, AdobeStock 689674329
25: Ienets_tan AdobeStock 73989861
29 o.: thauwald-pictures, AdobeStock 734282663
29 u.: Ev. Dekanat Darmstadt
30: Ev. Dekanat Hochtaunus, J.Marwitz
31: F. Ernst, P. Schygulla, P. Winkler
32/33: Ev. Dekanat a.d.Dill, U.Seibert
34: K. Fuchs, Kreis Offenbach
36 o.: R-G. Kutschker
36 u.: gabort, AdobeStock 386501292
37 o.: B. Roth
37 u.: StockPhotoPro, AdobeStock 678063783
38: Countrypixel, AdobeStock 314289889
39: MintBlak, AdobeStock 549513451
40: N. Det
42: P. Bongard

Alle übrigen: ZGV

UNSER ZIEL:

**Eine sozial gerechte und ökologisch
verträgliche gesellschaftliche Entwicklung.
Aus christlicher Verantwortung vor Gott
und den Menschen.**



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Straße 113–115

55128 Mainz

Telefon: 06131 28744-0

www.zgv.info



EIN ZENTRUM DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN HESSEN UND NASSAU